

Annahme-Bureau: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (G. H. Alrici & Co.)

Posener Zeitung

Annahme-Bureau: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse;

Nr. 92.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr.

Montag, 24. Februar (Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 3 Sgr. die sechsheftige Zeile oder deren Raum, dreihelfte Reklame 5 Sgr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1873

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat März nehmen sämtliche Postanstalten zum Betrage von 18 Sgr. 2 Pfg. sowie die unterzeichnete Expedition und die Herren Distributeure zum Betrage von 15 Sgr. an.

Expedition der Posener Zeitung.

Die Ueberschüsse im Reichshaushalt.

Berlin, 23. Februar. Eben hat der Finanzminister Camphausen dem preussischen Landtage mitgeteilt, daß sich die Ueberschüsse im preussischen Staatshaushalt für das abgelaufene Jahr 1872 auf mindestens 20 Millionen Thaler belaufen würden.

Hierdurch allein werden pro 1874 gegen 1873 6 1/2 Million mehr verfügbar, so daß wir unter Hinzurechnung des höheren Ueberschusses aus dem Vorjahr für 1874 18 Millionen mehr verfügbar haben, die noch unbekanntem Mehrerträge aus den Reichseisenbahnen und der Telegraphie ganz ungeachtet.

an das Pauschquantum seine Geltung verlieren. Selbst aber wenn man jetzt 10 Millionen mehr für das Militär glaubt fordern zu müssen, bleibt die Finanzpolitik Bismarck's unverstänlich, gerade so unverstänlich, wie seit vorigem Sommer seine Haltung in inneren Fragen mehrfach sogar seinen besten Freunden geblieben ist.

Deutschland.

Berlin, 22. Februar. Heute fand wiederum eine Sitzung des Staats-Ministeriums statt, jedoch standen keine Gegenstände von irgendwie politischer Bedeutung auf die Tagesordnung.

Der Generalfeldmarschall v. Steinmetz hat sich wieder nach Görlitz zurückbegeben. Der Abt des Klosters v. Kameke, hat kürzlich - wie man der „Frl. Bg.“ schreibt - angeordnet, daß bei der aus Reichsmitteln zu bewirkenden Einrichtung und Ausstattung von Militär-Geschäfts-Lokalen sowohl in Bezug auf den Umfang, als auf die Beschaffenheit der Utensilien lediglich das unbedingte Bedürfnis berücksichtigt werden darf.

Das freikonservative „Deutsche Wochenbl.“ schreibt: In Regierungskreisen verläutet, daß von der Versetzung des Ober-Präsidenten v. Horn nach Posen Abstand genommen sei.

Die durch die Presse gelaufene Nachricht, daß Abgeordnete der westlichen Provinzen zusammengetreten seien, um über die Ausdehnung der Kreis-Ordnung über ihre Provinzen zu berathen ist nach der „Spen. B.“ nicht richtig.

Die „B. u. S.“ schreibt: Der Tod des Stadtgerichtsraths Elsner v. Gronow ist die Folge einer Erkältung nach einem russischen Dampfbade gewesen; an rheumatischen Schmerzen, dieser unter die Männer, welche den Krieg gegen Frankreich mitgemacht

haben, so reichlich vertheilten Mitgift, hat der Verstorbenen schon seit längerer Zeit in hohem Grade gelitten, und dieses Leiden scheint den tödtlichen Ausgang der Erkältung herbeigeführt zu haben.

Der „Nat.-B.“ geht von unterrichteter Seite die Nachricht zu, daß in der bevorstehenden Reichstagsession aus dem liberalen Lager ein Antrag auf Herstellung der Redefreiheit in sämtlichen deutschen Kammern und Landtagen gestellt werden wird.

Die kirchliche Bewegung in Sachen des Predigers Dr. Sydow nimmt rüstigen Fortgang, so daß sie bald ihren Kreislauf durch Berlin beendet haben dürfte.

Der Gesandte des deutschen Reiches in Madrid ist, wie man dem „Hamb. Korresp.“ schreibt, angewiesen, den diplomatischen Verkehr mit der faktischen Regierung Spaniens fortzusetzen.

Der Vorsitzende des „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Bereins“ erläßt im „Neuen Sozial-Demokrat“ einen Aufruf an die Parteigenossen, in welchem er dieselben auffordert, an allen Orten den 18. März, als den Jahrestag der Erhebung der pariser Arbeiter, festlich zu begehen.

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, wo die Kanalisirungs-Angelegenheit wieder zur Tagesordnung gestellt war, beschloß die Versammlung auf den Antrag von einigen dreißig Mitgliedern, die Sache auf vierzehn Tage zu vertagen, damit die Zwischenzeit zu weiterer Information benutzt werden kann.

Die Mittelstellung hiesiger Blätter, daß es den Beamten der Polizeibehörde streng unterlag sei, den Zeitungen irgend welche politische Nachrichten zu lassen, dürfte, nach der „Volks-“ dahin zu revidieren sein, daß es sich hierbei lediglich um die Nachrichten handelt, die in den Konferenzen dieser Behörde amtlich mitgeteilt werden und größtentheils auch für das Publikum interesslos sein dürften und zwar weil sich dieselben meist nur auf innere Verwaltungsangelegenheiten beziehen.

Koblenz, 18. Febr. [Verurtheilung.] Heute sind die Urtheile des hiesigen Zuchtpolizei-Gerichtes gegen die Redakteure der „Koblenzer Volkszeitung“ Dr. Duhr und Dr. Helle verurtheilt worden. Beide wurden wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck in Bezug auf sein Amt als Staatsminister, der Erste zu 50 Tblr. Geldbuße event. 14 Tage Gefängniß, Letzterer, bereits wegen Dienstbeleidigung bestraft, zu einer direkten Gefängnißstrafe von 14 Tagen verurtheilt.

O e r r e i c h.

Wien, 22. Februar. Graf Goluchowski hatte vorgestern mit dem Minister-Präsidenten und mit Herrn v. Laffer Besprechungen. Die Verhandlungen sollen nun definitiv abgeschlossen sein. Als Zeichen dafür wird vom Wiener Tagbl. angeführt, daß Graf Goluchowski heute oder morgen vom Kaiser empfangen wird, und wenn der Monarch die Abmachungen gut heißt, dann wird der Statthalter von Galizien die Propositionen der Regierung zur Kenntniß des polnischen Klubs bringen. Den neuesten Nachrichten zufolge soll er beschloffen haben, bis zur letzten Lesung des Gesetzes im Reichstage auszuweichen, dann aber denselben den Rücken zu kehren. Sicherlich wird man seine ungemessenen Forderungen (S. die Depeschen unseres Morgenblatts) nicht erfüllen. Die Wahlreform-Vorlagen wurden von den Ruthenen mit Befriedigung angenommen. „Slowo“ sagt, wohl mit Uebertreibung, daß, wenn die Ruthenen mit Energie und ohne Agitationen der polnischgefinnten Bezirksbeamten die Wahlakte ausüben können, sie wenigstens die Hälfte der Reichsraths-Abgeordneten haben. Eine Deputation der böhmischen Feudalen, mit den Grafen N. Schönborn und Franz Thun jun. als Führer, ist gestern nach Rom abgereist, um den Segen des Papstes für die tschechische Opposition gegen die Wahlreform zu erbitten. Für Donnerstag ist die Audienz anberaumt. In einer von Arbeitern aller Gewerbe besuchten Versammlung wurde die Wahlreform-Vorlage erörtert und folgende Resolution einstimmig angenommen: Wir erblicken zwar in der Einführung direkter Wahlen einen Fortschritt und einen Schutz gegenüber den staatsfeindlichen Bestrebungen der Feudal-Klerikalen; wir bedauern aber, daß die Regierung bis jetzt nicht daran gedacht hat, Schritte zu thun, um die arbeitende Klasse zur Theilnahme an der Gesetzgebung heranzuziehen, und daß sie insbesondere die ihr vom Abgeordnetenhaus zur Würdigung zugewiesenen Beschlüsse in der Errichtung von Arbeiterkammern unberücksichtigt gelassen hat. — An das Abgeordnetenhaus wird daher das Ersuchen gerichtet, bei Beratung des Wahlreform-Entwurfes den Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen.

S p a n i e n.

Madrid, 15. Februar. Ueber das Verhalten des Königs Amadeo an den entscheidenden Tagen wird den Wiener Blättern also berichtet: Am Mittwoch den 11. d. überreichte eine Kommission der National-Versammlung deren Adresse dem Könige, dessen Thronentsagung sie annehmen erklärte. Schon auf 6 Uhr des anrückenden Morgens wurde dann die Abfahrt festgesetzt. Nur wenige wußten die Stunde. Keine Neugierde störte. Außer der höchsten Dienerschaft bildeten einige Herren vom Palastdienste, wenige Anbänaler und Abgeordnete der National-Versammlung das Geleite, der Schlosshauptmann Vargas, die Adjutanten Portilla, Tejero y Villacampa; Sekretär Almirante, Sekretär Prala, General Tafara, Hofarzt Diaz Benito, Graf v. Ruiz; Alca, Alvareda, Montero Nios, Moncafi, Rossell, Montefino, Benayana, Bonifayo, Dragonetti. Kurz, bevor die königliche Familie aus ihren Gemächern trat, stellte sich die Leibgarde auf der Treppe auf, um zum letztenmale zu salutiren. Genau um sechs Uhr erschienen die Herrschaften. Die Königin, noch

krank von ihrem Wochenbett, wurde in einem Tragstuhl die Treppe hinuntergetragen wo die Wagen warteten. Donna Maria Victoria war sehr angegriffen und weinte bitterlich. Der König war gelassen wie immer. Auf der Treppe grüßten die Gardesoldaten und Diener Ihre Majestät auf's herzlichste. Am Fuße der Treppe nahm der König seine Gemalin in die Arme und hob sie mit zärtlicher Sorgfalt in den Wagen. Der Präsident des Kongresses Rivero reichte den Majestäten die Hand. Diese empfahlen Rivero die Dienerschaft, welche ihre Uniform und ihr Werkzeug zum Andenken behalten soll, außerdem ist angeordnet, daß alle Diener und Beamten des Palastes den Schall bis zum Ende des Monats belommen sollen. Als Abschied genommen war, gab die Königin das Zeichen zur Abfahrt und vier Wagen brachten die hohen Reisenden mit ihren Gefährten durch die Puerta del Principe nach dem nahen Nordbahnhof, wo ein Expresszug bereit stand: ein Wagen zweiter Klasse, in dem einige Zivilgardisten saßen, ein Wagen erster Klasse mit der Abtheilung für die Königin und etliche Gepäckwagen. Um 6 1/2 Uhr fuhr der Zug über die Verbindungsbahn des Campo del Moro, um auf der Südbahn nach Lissabon abzugehen. Auf dem Nordbahnhof hatten Marquis v. Cardoal und einige andere Herren Abschied genommen; auf dem Südbahnhof verabschiedeten sich Topete und Graf v. Almina. An den Bahnhöfen bis zu Grenze erwarteten die Majestäten militärische Posten, sie zu begrüßen. An der Grenze angelangt, verabschiedete sich der König von den Herren der Cortes-Kommission und trug ihnen auf, den Cortes seine glühenden Wünsche für Spaniens Wohl zu überbringen.

Zu Lissabon ist für die Gäste der Palast von Belem hergerichtet. Hier soll die völlige Gensung der Herzogin abgewartet werden. Alle Kunstgegenstände, Wagen und was Amado sonst während seines hiesigen Aufenthaltes erworben hat, hat er zurückgelassen.

Vom Landtage.

48. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 22. Februar. Eröffnung um 11 Uhr. Am Minister-tisch mehrere Kommissarien.

In dritter Beratung wird der Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung, bezw. Ermäßigung gewisser Stempelabgaben, nach den Beschlüssen der zweiten Beratung bis auf einen Zusatz zur Nr. 7 des § 2 genehmigt. Dieser Gesetzentwurf hat für das bürgerliche und Verkehrsleben ein solches Interesse, daß wir seinen Wortlaut, wie er nunmehr endgültig vom Hause festgesetzt ist, wiedergeben:

§ 1. Vom 1. Mai 1873 werden ermäßigt die Stempelabgaben 1) von Eheverträgen, von Erbfolgeverträgen und von Testamenten auf 15 Sar, 2) von Kautions-Instrumenten, wenn der Werth der sichergestellten Rechte beträgt:

50 bis 200 Tblr. auf 5 Sar;
über 200 bis 400 Tblr. auf 10 Sar.

§ 2. Von demselben Zeitpunkte ab werden aufgehoben die Stempelabgaben von: 1) Gesuchen (Beschwerdeschriften, Bittschriften, Eingaben, Vorstellungen); 2) Bescheiden auf Gesuche, Anfragen und Anträge in Privatangelegenheiten, sie mögen in Form eines Antwortschreibens, einer Verfügung, Dekretsabschrift oder eines auf die zurückgehende Bittschrift selbst gesetzten Dekrets erlassen werden; 3) Protokollen mit Ausnahme der Auktionen, Notariats-, Relogitions- und derjenigen Protokolle, welche die Stelle einer nach anderweitiger Bestimmung der Stempelartige steuerpflichtigen Verhandlung vertreten; 4) Requisitionen; 5) Dechargen; 6) Beurlaubungen nach § 33 der Grundbuch-Ordnung vom 5. Mai 1872; 7) Quittungen, sowie den in § 8 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 1872 Stempel-Abgaben betr. gedachten Löschungs-Anträgen; 8) Abschieden (Dienst-Entlassungen); 9) Urlaubsertheilungen; 10) Quabschafen, welche von Bänken und Gewerks-Korporationen den Gesellen und Gehilfen erteilt werden; 11) Lehrbriefen; 12) Geburts-, Tauf-, Aufgebots-, Ehe-, Trau-, Todten- und Verdingungsscheinen insoweit jedoch die unter 1 bis 4 bezeichneten Gegenstände: a) in der Provinz Hannover bei gerichtlichen Behörden in anderen als Justizverwaltungs-sachen vorkommen, oder der Besteuerung nach den Bestimmungen des Stempelgesetzes vom 30. Jan. 1859 unterliegen (Gesetz vom 24. Febr. 1869); b) im Bezirk des Appellationsgerichts zu Köln bei gerichtlichen Behörden in anderen als Justizverwaltungs-sachen vorkommen, bewendet es hinsichtlich der Besteuerung derselben bei den bisherigen Vorschriften.

§ 3. In der Stadt Frankfurt a. M. finden die vorstehend in § 2 unter Nr. 1 bis 5 und 8 bis 10 enthaltenen Bestimmungen keine Anwendung.

weht sind, bieten das höchste Interesse, da sie Einblicke in das Werden so großer Gedankensysteme enthalten.

Die Astronomie jener Zeit war hauptsächlich auf die Lösung zweier Probleme gerichtet, auf die genaue Bestimmung der Umlaufzeiten der Sonne und auf die Erklärung der sogenannten Bewegung der achten Sphäre oder des Fixsternhimmels. Die Beobachtungen seit Hipparch schienen das merkwürdige und verwirrende Faktum zu ergeben, daß das Sonnenjahr veränderlich sei. Die Rathlosigkeit der Kirche bei Feststellung der Zeitrechnung scheint in der astronomischen Thätigkeit des Copernikus einen bedeutsamen Antrieb gebildet zu haben, wenn gleich erst Tycho von Brahe durch kritische Behandlung der Instrumente und Beobachtungsmethoden nachwies, daß jene säkularen Unregelmäßigkeiten des Sonnenlaufs nur durch Unvollkommenheit der früheren rohen Beobachtungen verursacht seien. Copernikus dagegen nahm jene scheinbaren Unregelmäßigkeiten noch als faktisch an, doch gelang es seinem Scharfblick, die Sonnenbewegungen selbst davon zu befreien und gerade durch jene Unregelmäßigkeiten zu einem Beweise für die Drehung der Erde zu gelangen.

Hipparch hatte zuerst das Vorrücken der Nachtgleichen konstatiert, eine Erscheinung, die nach dem heutigen Stande der Astronomie bekanntlich dadurch erklärt wird, daß die Drehungsaxe der abgeglätteten Erde durch die Anziehung der Sonne und des Mondes eine langsame Veränderung erleidet. Hipparch war geneigt, dieses Phänomen aus einem langsamen Fortrücken der Sterne in entgegengesetzter Richtung abzuleiten, eine Annahme, die von Ptolomäus getheilt wurde, und nach welcher jene gemeinsame Bewegung der achten Sphäre um den Pol der Ekliptik gleichsam als der letzte Abklang der Planetenbewegungen erschien.

Die äufere schwerfälligen und künstlichen Darstellungsmittel aber, welche die Bewegung des Fixsternhimmels gegen die als fest betrachteten Aequinoctialpunkte verlangte, mögen schon in Kraus und Padua die unbefangene Kritik des jugendlichen Forschers herausgefordert haben. In einem Briefe über die besondern von der Schule des Regiomontan in Nürnberg ausgebildete Theorie von der Bewegung der achten Sphäre sprach er die Zuversicht aus, daß diese Dinge durch eine freiere Theorie wie Nebel zerstreut werden könnten. Unbestimmt um die kosmologischen Befangenheiten seiner Vorgänger, erfasste er die Aequinoctialpunkte selbst als veränderlich und führte mit glücklichem Griff sowohl die unregelmäßigen Veränderungen des Sonnenjahres als auch seine scheinbaren säkularen Schwankungen der Fixsternsphäre auf diese Bewegung zurück. Wenn es richtig war, daß diese Fixsterne ruhten, und daß die Umlaufzeit der Sonne an sich eine vollkommen gleichförmige war, so mußten in der Bewegung der Sonne, auf Fixsterne, in der Nähe des Thierkreises bezogen, jene säkularen Unregelmäßigkeiten verschwinden, da sowohl die Messungen der Bewegung der Sonne als auch des Fixsternhimmels dieselben veränderlichen

Die Abweichungen von der Regierungs-Vorlage bestehen also darin, daß sich die Ermäßigung der Stempelabgabe auch auf die Testamente erstrecken soll (§ 1), daß die Beglaubigungen nach § 33 der Grundbuch-Ordnung völlig stempelfrei sein sollen (Nr. 6 des § 2), daß in der Nr. 7 des § 2 nach einem heute eingebrachten Antrage des Abg. Bähr (Kassel) gewisse Löschungsanträge den stempelfreien Quittungen hinzugefügt werden; endlich daß die Stempelabgabe von Geburts-, Tauf-, Aufgebots-, Ehe-, Trau-, Todten- und Verdingungsscheinen nicht, wie der Regierungsentwurf es wollte, auf 5 Silbergroschen ermäßigt, sondern einfach aufgehoben werden. (Nr. 12 des § 2.)

Es erübrigt nur noch das Motiv zu bezeichnen, welches der Abg. Bähr (Kassel) für seinen heute eingebrachten Antrag geltend machte die von ihm bezeichneten Löschungsanträge vertreten, wie die Motive des angezogenen Gesetzes es klar legen, ganz und klar den Quittungsstempel, so daß an der Zustimmung des Regierungskommissars zu ihrer Gleichstellung mit den Quittungen nicht gewirkt werden darf. Angesichts von 20 Millionen Ueberflüssen im Jahre 1872 wird Niemand seine Zustimmung zu bereuen haben.

N. g. Komm. Unrghart verkennt nicht, daß wenn die Quittungen ausnahmslos von der Stempelabgabe befreit werden (der Regierungsentwurf wollte nämlich nur gewisse Kategorien von Quittungen befreien), der Antrag Bährs durchaus folgerichtig ist. Aber seine Zustimmung zu der ausnahmslosen Befreiung aller Quittungen kann der Fr. Kommissar nur in bedingter Weise ertheilen, er erinnert an seinen Einspruch gegen diesen Beschluß in der zweiten Lesung und erklärt sich auch heute noch nicht ermächtigt, seine Bedenken aufzugeben, so verständig der Hinweis auf die Ueberflüsse von 20 Millionen auch wirken mag. Für die Reform der Stempelgesetzgebung dürfen diese Ueberflüsse nicht als Basis gewählt werden.

Das Haus bestätigt gleichwohl seinen früher gefaßten Beschluß bezüglich der Stempelfreiheit aller Quittungen, einschließlich der in Rede stehenden Löschungsanträge und mit diesem Zusatz wird das Gesetz im Ganzen einstimmig genehmigt.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Dotation der Provinzialverbände.

Abg. Dr. Göde: Der Gesetzentwurf, wie er in zweiter Lesung angenommen ist, enthält Bestimmungen, die ich und meine politischen Freunde als korrekt nicht anerkennen können. Dazu gehört der in § 2 bestimmte Maßstab des Flächeninhalts, der in der Ausführung große Unbilligkeiten herbeiführen muß, z. B. bei Verwendung von Fonds für die Fren- und Heilanstalten, für welche nicht das Arealverhältniß, sondern einzig und allein die Bevölkerungsziffer maßgebend sein muß. Ebenso hätten wir gewünscht, daß die Vertheilung der zwei Millionen vorbehalten bliebe, bis die Verwendungszwecke bekannt geworden wären. Um indeß nicht das Zustandekommen des Gesetzes in dieser Session zu gefährden und in der Zuversicht, daß bei der schließlichen Vertheilung der Dotation es noch möglich sein wird die Unbilligkeiten, die sich bis dahin ergeben haben, auszugleichen, haben wir von allen Amendements Abstand genommen.

Abg. Richter (Hagen) bedauert, daß die zweite Lesung dieses Gesetzes so rasch auf das Erscheinen des Kommissionsberichts erfolgt ist, daß eine ordentliche Durcharbeitung der Frage nicht möglich war. Nun ist wiederum die dritte Lesung der zweiten erfolgt, ehe auch nur der stenographische Bericht der zweiten in die Hände der Mitglieder gelangt ist. Der Vertheilungsmaßstab brauchte in diesem Gesetze noch gar nicht festgelegt zu werden. Man kann nicht sagen, der Maßstab sei falsch oder gerecht dieser oder jener Provinz zum Nachtheil. Vielmehr muß man ausprechen, daß heute noch gar Niemand wissen kann, ob der Maßstab falsch oder richtig sei; das wird sich erst herausstellen, wenn in dem späteren Gesetze über die Verwendung der zwei Millionen Bestimmung getroffen wird. Sollte eben dieser Maßstab konsequent künftig festgehalten werden bei Vertheilung aller Provinzialfonds, dann würde die Provinz Preußen dabei bankrott machen; sie erhält jetzt vom Staate weit mehr, als ihr dieser Maßstab zusichert. Ich hätte wohl gewünscht, daß man diese schwierige Frage reiflicher erwogen hätte. Ich verwahre mich gegen die Konsequenzen, die sich aus der Anwendung eines solchen Maßstabes ergeben können, namentlich aber gegen die munterbaren, fast kommunistischen Theorien, die in dem Kommissionsbericht ihren Ausdruck gefunden.

Obne weitere Debatte wird darauf das Gesetz in der unveränderten Fassung der zweiten Beratung in dritter Lesung angenommen. Das Haus tritt in die dritte Beratung des Rechnungsberichts über die Verwendung des zur Gewährung von Beihilfen an Angehörige der Reserve und Landwehr durch Reichsgesetz vom 22. Juni 1871 bereit gestellten Fonds und erkennt in Gemäßheit des Beschlusses der zweiten Lesung den Nachweis über die Summe von 2,494,492 Tblr. als geführt. Es folgt nunmehr die dritte Lesung des Gesetzes

Aequinoctialpunkte zur Basis hatten. Der Nachweis von der Erfüllung dieser Forderung ist einer der wesentlichsten Theile der narratio prima des Rhätikus, und gerade in der Lösung dieser an sich so einfache Kombination erst als eine kühne und bahnbrechende That, welche durch Lösung der Aequinoctialpunkte sowohl vom Fixsternhimmel als von der Sonnenbahn endlich dazu zwang, die Drehung des Fixsternhimmels nur als das Abbild der Erddrehung zu betrachten.

Die größte Schwierigkeit für die neue Lehre bildeten die eigenthümlichen maximalen Anschauungen, die man zu jener Zeit von der Bewegung der Himmelskörper hatte. Bewegte sich die Erde in fester Verbindung mit der Sonne um die letztere herum, so mußte der Pol derselben im Laufe eines Jahres einen Parallelkreis um den im Sternbilde des Drachen liegenden Pol der Ekliptik beschreiben; schon die Erfahrung, daß der Mond der Erde stets dasselbe Gesicht zuwendet, schen diese Anschauung zu begünstigen. Dagegen ergab die Beobachtung, daß die Erdaxe eine im Raum unveränderliche Richtung besitzt und daß der Pol derselben während des ganzen Jahres nach demselben Punkte des Fixsternhimmels zeigt. Für Copernikus lag keine logische Schwierigkeit darin, nachdem einmal die Veränderlichkeit der Aequinoctialpunkte festgesetzt war, nachdem also eine in säkularen Perioden stattfindende Lagenveränderung der Erdaxe gegen die Ekliptik angenommen war, der Erdaxe noch eine weitere Bewegung zuzuertheilen, durch welche derselben ihre während eines Jahres nur langsam veränderliche Lage gegen den Weltraum gesichert wurde. Diese Annahme, an sich nicht unlogisch, rief den stärksten und gewichtigsten Einwurf namentlich von Seiten Tycho's hervor, und erst die neuere himmlische Mechanik hat jene Konstanz der Aequinoctialpunkte als eine selbstverständliche, aus den Stabilitätsgesetzen folgende Erscheinung erkennen lassen.

Die andere Hauptgruppe von Argumenten, auf welche Copernikus seine Lehre von der Erdbewegung gründete, war die Vereinfachung der Planetenbewegungen. Mit ebensoviel logischer Folgerichtigkeit als scharfsinniger Gelehrsamkeit führte Copernikus den Nachweis für die ungemene Vereinfachung der Phänomene der Planetenbewegung durch die Bewegung der Erde. Schon das Jahrbuch des Ptolomäus bot hier einen bedeutamen Anhalt, denn die Theorie jedes Planeten enthielt ein kleines Rad, auf welchem er sich mit derselben Winkelgeschwindigkeit bewegte, wie sich die Sonne um die Erde zu bewegen schien. Diese Abhängigkeit der Planetenbewegungen von der Bewegung der Sonne wurde früher nur als eine Art von Konsonanz im Sinne der Harmonik gedacht; Copernikus dagegen zeigte mit Hilfe des vorliegenden Beobachtungsmaterials, daß sich auch die oben erwähnten säkularen Veränderungen der Erdbahn in den Planetenbahnen abspiegeln, und damit war denn

entwurf betr. die Angehörigen der Reserve und Landwehr ge-
setzten Beibehaltung.

Zu § 1, welcher nach den Beschlüssen der zweiten Lesung die For-
derungsrechte, die der Staat erworben hat, an die Kreise überweist,
beantragt Ritter unter Wiederherstellung der Regierungsvorlage diese
Rechte den Provinzialverbänden zu überweisen. Der Antragsteller fin-
det eine größere Garantie für die milde Handhabung der Forderungs-
rechte darin, daß sie den Provinzialverbänden überwiesen werden.
Außerdem hat die Zerstückelung der Summen auf die einzelnen Kreise
große Schwierigkeiten. Eine Summe von 5000 Tblr. ist für die Kreise
bedenklich, dagegen sind 80,000 Tblr. für die Provinz schon von
ziemlicher Wichtigkeit. Der Antragsteller kann daher dem Amendement
v. Rauchhaupt, die Forderungsrechte den Kreisen zu überweisen, nicht
zustimmen.

Abg. v. Rauchhaupt findet, wenn die Sache in den Händen der
Kreise liegt, eine größere Garantie für milde Handhabung. Die Kreise
sind mit den speziellen Verhältnissen genauer bekannt und können sie
viel gerechter und billiger beurtheilen als die Provinzialverbände. Die
Provinzen werden auch vielleicht besorgt sein aus den zurückgelassenen
Darlehen Fonds zu bilden, die nicht zur Unterstützung der Ange-
hörigen der Landwehr und Reserve dienen. Auch kann man dann
nicht den Schluß ziehen, daß die Unterstützung künftig den Provinzen
überlassen ist.

Abg. v. Sauten (Tarpitschen): Die Motive sprechen es unzwei-
deutig aus, daß diese Fonds den Provinzialverbänden vorläufig für
gemeinnützige Zwecke überwiesen werden und für den selten und hoffent-
lich nie mehr eintretenden Fall eines Krieges wieder ihrem ursprüng-
lichen Zwecke dienen sollen. Der Staat braucht überhaupt nicht Re-
tablisementsgelder zu geben, das ist aus sittlichen Gründen unrich-
tig; es erregt Mißstimmung, wenn die Gelder zurückgezahlt werden
sollen. Die Zuweisung dieser Gelder soll kein Präjudiz für etwaige
künftige Forderungen sein. Der Antrag v. Rauchhaupt ist nur durch
eine eigenthümliche Konstellation angenommen worden. Wenn auch
die Forderungsrechte den Provinzen überwiesen werden, so haben die
Kreise doch schließlich die Arbeit des Einziehens. Das Bedürfnis ist
außerdem in den Kreisen sehr verschieden, so daß die Vertheilung
einer gleichen Summe für jeden Kreis häufig zu Unzulänglichkeiten
und Ungerechtigkeiten führen würde; es ist also besser, wenn die
Vertheilung in der Hand der Provinzialverbände kon-
zentriert bleibt.

Abg. v. Gottberg: Der Fonds ist nur für diejenigen kon-
stituiert, die den letzten Krieg mitgemacht haben, nicht auch für die,
welche in Zukunft einen Krieg mitmachen werden. Werden die Re-
tablisementsgelder zurückgezahlt, so folgt daraus noch nicht, daß sie
wieder zu Unterstützungen verwendet werden sollen, sondern sie blei-
ben dem Staate zu freien Disposition. Jetzt werden sie den Kreisen
überwiesen; wozu sie von denen verwendet werden, ist uns gleichgül-
tig; es steht ihnen auch frei, sie zu Retablisementsgeldern zu verwen-
den. Die linke Seite des Hauses hat auf einmal ein ungeheures Ver-
trauen zu den Provinzialverbänden, während wir die Fonds den neu
zu bildenden, so oft von der linken Seite gerühmten Kreisvertretungen
überweisen wollen. Man begehrt doch recht oft Inkonsequenzen, wenn
man keinen bestimmten Zweck verfolgt. Der Beschluß der zweiten
Lesung soll durch eine wunderbare Konstellation zu Stande gekommen
sein. Wir wundern uns gar nicht darüber. Denn unserer Ansicht
nach werden die Kreise viel eher Gnade für Recht ergehen lassen, weil
sie den Betroffenen näher stehen und die Verhältnisse besser kennen.
Wenn gesagt ist, die Fonds würden in den Händen der Provinzen
konzentriert sein, nun dann wäre es besser alles in einem Topf zu
lassen und dem Staate zur Verwendung zu übergeben.

Minister des Innern: Als der Antrag des Abg. v. Rauch-
haupt bei der zweiten Lesung eingebracht wurde, hielt ich denselben
eigentlich für bedenklich, weil ich glaubte, daß er den Prinzipien des
ganzlichen Gesetzes entgegen sei. Im Laufe der Diskussion hat sich
die Befürchtung nicht veräußert und ich glaube, daß es wesentlich eine
Frage praktischer Bedeutung sei. Die Regierung hat kein Interesse
daran, wenn ihren Wünschen nicht nachgegeben wird die Fonds
zurückzuziehen. Es kommt darauf an, daß sich die Majorität darüber
einigt, welcher Weg der praktischere ist. Die Form, in welcher die
Unterstützung gegeben wird, sollte vorzugsweise die des Darlehens
sein, da der Staat nicht dazu da ist, zu schenken, sondern nur zu hel-
fen. Dann sollte die Vertheilung derart stattfinden, daß die einzel-
nen Provinzen dotiert würden, je nachdem sie Landwehr und Reserve
ins Feld gestellt. Die Provinzialverbände haben die Form des Dar-
lehens als Richtschnur für die einzelnen Kommissionen bingestellt und
danach ist verfahren worden. Die Durchführung dieser Prinzipien
schien mir gesicherter, wenn die Regierungsvorlage angenommen würde.

der siegende Beweis für die Richtigkeit der Ansicht des Aristarch von
der Bewegung der Erde geführt.

Nach dieser technischen und rein induktiven Begründung führte
Copernikus auch deduktive Argumente ins Feld: er hob hervor, es sei
zweckmäßiger, daß sich die kleinere Erde um die größere Sonne be-
wege, als umgekehrt; er wies darauf hin, daß die Sonne, als Trä-
gerin von Licht und Wärme, im Mittelpunkt der Planetenwelt stehen
müsse; vor allem aber erinnert er daran, daß die alten Philosophen
und Astronomen ausdrücklich die Entwicklungsfähigkeit der Erkenntnis
anerkannten, indem sie offen ausgesprochen, wahr sei das, was der Dar-
stellung der Phänomene genügt. Erst die spätere dogmatische Form,
welche die ptolemäische Lehre in der Scholastik des Mittelalters an-
nahm, hat diesen stetigen Fortschritt unterbrochen und einen gewalt-
samen Bruch notwendig gemacht; jene scholastischen und sozialen
Mächte verwandelten die stetige Folge in den erbitterten Streit, dessen
Martyrer später ein Galilei wurde.

Aber nichts konnte die stille unauffällige Verbreitung der neuen
Lehre hindern, die durch Inhalt wie methodische Bedeutung die Grund-
lage einer neuen Weltanschauung werden sollte. Das alte astronomische
System genügte nicht mehr zur Bewältigung des gesammelten Er-
fahrungsmaterials, es war unabwendig geworden, die ptolemäische Er-
klärung weiter zu führen und die Differenzen, in welche dieselbe mit
der erweiterten Erfahrung zu treten begann, zu lösen. Es war eine
Krisis eingetreten, welche eine Zeit lang selbst die kräftigsten Geister in
Bekümmerniß versetzte, ob der Mensch je hoffen könne, auf dem bisher-
gen Wege der Erkenntnis jenen Einklang zu erreichen, den ihm die
hohe Schönheit des religiösen Weltbildes gewährte. Die Lehre des Co-
pernikus, welche diesen Zweifel beseitigte, erforderte andererseits so be-
deutende Kenntnisse, daß anfangs nur eine kleine Gemeinde dadurch
erweckt wurde.

So erklärt es sich, daß selbst zu Anfang des 17. Jahrhunderts
noch so bedeutende Männer, wie Bacon von Verulam, nichts als ein
Kopfschütteln für die neue Lehre hatten; man muß jedenfalls vorsichtig
sein, Copernikus eine sofortige Wirkung auf die allgemeine Kulturent-
wicklung zuzuschreiben; erst als die Entdeckungen des Fernrohrs und
die auf Kepler's Gesetze und die Lehre von der allgemeinen Anziehung
gegründeten astronomischen Voraussetzungen die Wahrheit der Lehre
bestätigten, begann jene Epoche, in welcher die copernikanische Anschau-
ungsweise ihre einflussreiche Stellung in der allgemeinen Geistesbildung
der Menschen erlangte. Fest und unerschütterlich stehen jetzt die coperni-
kanischen Grundlagen der menschlichen Kosmologie, kein Erfahrungsbeweis
auf Erden kann an Wahrscheinlichkeit mit ihnen verglichen werden.
Die Befürchtungen, welche sich an die neue Lehre knüpften,
sind nicht in Erfüllung gegangen, die Poesie und die Weise der Em-
psindung ist der Menschheit nicht entschwunden, seit jene Welt der Ge-
danken entstand, die uns aus Bürgern der Erde zu Bürgern einer viel

Ich habe mir nämlich gedacht, die Gefahr der Ueberweisung an die
Kreise liegt darin, daß nun ein Nennen stattfinden wird, welcher von
den Kreisen am meisten geschont. Die Kreise werden selten Darle-
hen zurückfordern; die Provinzialkommissionen stehen der Sache ferner
und können mit größerer Leichtigkeit Befehle erlassen; die Kreiskom-
missionen stehen der Sache näher, werden mehr überlaufen und haben
mehr den Drang zu sagen: nun gut, dann wollen wir es nicht ein-
ziehen. Wenn nun in einem Kreise das stattfindet und der Besetzte
mit einem aus dem Nachbarfreie spricht: „ja wenn Du in einem
solchen Kreise wohnst, würde es Dir geschont werden, da drüben
wird es nicht eingezogen, sondern in dem Nachbarkreis, da wird Alles
geschont“, so geht nun (so kommt es mir wenigstens vor) ein Nennen
hin und her los, diese Fonds nicht wieder einzuziehen. Das glaube
ich, würde dem Prinzip des Gesetzes widersprechen und zu Resultaten
führen, daß von den Fonds überhaupt sehr wenig in den Kreiskassen
bleibt. Ich bilde mir ein, daß die Provinzialkommissionen, wenn die
Sache in ihrer Hand bliebe, diesem Uebelstande vorbeugen werden.
Nun sagt aber der Abg. Ritter: gerade deshalb wolle er die Pro-
vinzialkommissionen nehmen, weil die mehr schenken würden, als die
Kreise. Ja, wenn das wahr ist, dann ist es allerdings eine Sache
der praktischen Erwägung, und ich muß anheimstellen, wie das Haus
darüber beschließt. Ich möchte nur wünschen, daß den Intentionen
der Regierung, bei der Rückzahlung mit möglicher Schonung zu ver-
fahren, nachgekommen würde auch da, wo es bisher nicht geschehen ist,
ohne gerade das Schenken zum Prinzip zu erheben. Wenn die Sache
nicht in dieser Bahn läuft, daß nun ein gegenseitiger Wettstreit im
Erlassen von Darlehen stattfindet, dann kann sich die Regierung zur
Entscheidung der Frage ziemlich unparteiisch stellen, der praktische Weg
ist ihr dann der angenehmste.

Abg. Delius stimmt dem Amendement des Abg. v. Rauchhaupt
zu. Die Kreise erhielten sehr selten Vergütungen für Kriegsdienst-
leistungen; dies ist einmal eine Gelegenheit, ihnen Etwas zuzumuten zu lassen.
Wenn der Abg. Ritter meint, die Fonds würden dadurch zerstückelt
und unbedeutend, so sind meiner Meinung nach 1500 Tblr. für einen
Kreis von derselben Bedeutung wie 80,000 Tblr. für die Provinz.

Hiermit wird die Generaldiskussion geschlossen. Bei der Spezial-
diskussion bemerkt Abg. v. Sauten (Tarpitschen): Daß bei dieser
Frage von politischer Konsequenz oder Inkonsequenz keine Rede sein
könne. Es handele sich nur darum, ob man die Vertheilung den
Kreisen oder den Provinzen überweisen wolle. Wenn ersteres geschehe,
kann er das Gesetz nicht annehmen.

Abg. Dr. Bender: Wenn vorhin von der Regierung eine Er-
klärung gefordert worden, ob sie eine milde Praxis eintreten lassen
wolle, so hat das für mich keinen Werth. Ich weiß aus Erfahrung,
daß nachher gerichtliche Klagen zu hunderten erfolgen. Das macht
einen schlechten Eindruck.

Regierungskommissar Geheimer Rath Steinmann: Wenn die
Regierung eine Erklärung abgibt, so sollte an dem Ersuche derselben
nicht gezweifelt werden. Ich weiß nicht, welche Thatfachen der Vor-
redner vor Augen gehabt hat; ich glaube aber, daß sie sich nicht so
verhalten, wie er sie darstellt.

Abg. Dr. Bender: Wenn die Regierung das vielleicht für ein
mildes Verfahren hält, wenn die Klagen erst nach zwei oder drei
Jahren erfolgen, dann hat sie allerdings ihr Versprechen gehalten. Im
Uebrigen nehme ich kein Wort von meiner Aeußerung zurück.

Hierauf werden die sämtlichen Paragraphen des Gesetzes nach
den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. Das Haus geht zur
zweiten Beratung des Gesetzesbetr. die Erbschaftsteuer
über, welcher aus 48 Paragraphen und einem Tarif besteht. Auf die
Wiedergabe der sehr eingehenden Verhandlungen, die ausschließlich von
den gelehrten Juristen des Hauses geführt werden, müssen wir ver-
zichten. Die einzelnen Paragraphen des Gesetzes werden bis zum § 37
nach den Beschlüssen der Kommission genehmigt, worauf das Haus um
4 Uhr die Beratung abbricht und sich bis Montag 11 Uhr vertagt.
I. D. Fortsetzung der zweiten Beratung des Erbschaftssteuer-
gesetzes, Staatsberatung (Domänen und Kultus) und kleinere Vorlagen. Am
Schluß der Sitzung zeigt der Präsident den Eingang eines Gesetzes
über die Diäten und Reisekosten der Abgeordneten an.

13. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 22. Februar. Eröffnung um 1 Uhr. Am Ministertisch
Justizminister Leonhardt. Der Präsident theilt den Tod des Gra-
fen Reventlow mit; das Haus erhebt sich zum Andenken des Ver-
storbenen von den Sitzen — die Kommission für die kirchlichen
Vorlagen hat sich konstituiert; Vorsitzender Graf Münster und Sul-
zer, Schriftführer Gobbin und Graf Schulenburg-Beegendorf.

größeren Gemeinschaft machte! Stets wird man deshalb mit höchstem
Danke preisen müssen den siegreichen Bollbringer des Durchbruchs zum
Licht: Copernikus! — (Spen. Btg.)

Ueber die Copernikusfeier in Thorn

wird der „Königsb. Hart. Btg.“ unter 20. Februar Folgendes be-
richtet:

Gestern, Mittwoch, Morgens gegen 7 Uhr wurden die Bewohner
Thorns durch Trompetenschall vom Rathhausthurme her aus dem
Schlase geweckt. Sehr bald wogte eine ungeheure Menschenmenge in
den Straßen Thorns auf und nieder. Die größte Menschen-Ansam-
lung fand auf dem Altstädtischen Markte vor dem Rathhause, dem
Haupt-Zentrum des Festes, statt. Mittags gegen 12 Uhr wurde in
dem prachtvoll decorirten Rathhaus-Saale die Hauptfeier abgehalten.
Der Saal war hierbei bis auf den letzten Platz dicht gefüllt; insbe-
sondere war ein sehr zahlreicher Damenfluor vertreten. Nach einem
Gebetsgange, der von dem Reichstags-Abgeordneten, Herrn Justizrath
Dr. Meher (Thorn) dirigirt wurde, hielt der Vorsitzende des hiesigen
„Copernikus-Vereins für Wissenschaft und Kunst“, Herr Gymnasial-
lehrer, Professor Dr. Prowe, eine ca. 1 1/2-stündige Festrede. Redner
wies zunächst auf die hohe Bedeutung des Festes hin und gab alsdann
eine sehr ausführliche Biographie von Copernikus. „Das unendliche
Wirken für die Sache der Allgemeinheit“ — so betonte der Redner
u. A. des Weiteren — „ist bei Copernikus um so anerkannterwerther,
da er unter den günstigsten Verhältnissen erzogen wurde und lebte,
ihn also nicht materielle Rücksichten zu fleißigem Studium nöthigten.
Sein Vater, Nikolaus Koppernigk, ist bereits im Jahre 1465 als sehr
reicher Kaufherr von Krakau nach Thorn übergesiedelt. Dieser sowohl,
als auch fast alle Verwandte von Copernikus bekleideten die höchsten
Verwaltungs-Ämter in Thorn. Ein Mann wie Copernikus kann
weder einer Stadt noch einer Nation, sondern muß der Mensch-
heit angehören. Jedoch die Stadt, in der die Wiege des Hochgefeierten
gestanden und in der er ferner seine Jugendjahre verlebte, ist in erster
Linie zur gegenwärtigen Feier berufen.“ Redner hebt nun die enge
Verbindung von Copernikus mit der hohenzollernschen Familie, insbe-
sondere mit dem Herzog Albrecht hervor und bemerkt schließlich, daß
sämmliche Hohenzollern hieße Förderer und Beschützer der Künste und
Wissenschaften gewesen seien. Er glaubt, daß, wenn der Geist von
Copernikus nun hier erscheint, er in den Ruf mit einstimmen würde:
„Sei Majestät Wilhelm I. Kaiser von Deutschland lebe hoch!“ Die
Versammelten erhoben sich sämmtlich von ihren Plätzen und stimmten
stimmlich in dieses Hoch ein. — Herr Regierungspräsident Graf zu
Gulenburg aus Marienwerder statete Namens seiner Regierung dem
Festkomité den besten Dank ab und entsandte insbesondere das
Nichtersehen des Oberpräsidenten der Provinz Posen, Herrn von
Horn. Die Hauptursache dieser Abwesenheit liege darin, daß Herr
von Horn sein jetziges Amt wohl jedenfalls binnen kurzer Zeit nieder-
legen werde. Redner überreicht schließlich im Namen des Kaisers
Herrn Professor Dr. Prowe den rothen Adlerorden vierter Klasse.
In äußerst inhaltsvollen Reden äußerten sich nun die Herren Pro-
fessoren Bruhns (Leipzig), Knobloch (Galle), Gelle (Breslau), Caspari
(Königsberg), Decioni (Rom), Bellioconi (Bologna) und der Unter-
staatssekretär Trompion aus New-York. Die beiden vorletzten Herren
bedienten sich der lateinischen, der letztere der englischen Sprache. Es
sprach ferner Herr Stadtschulrath Kossak, Vertreter der Stadt

Zwei Gesehtwürfe, betr. das Grundbuchwesen in Schles-
wig-Holstein und im Bezirk des Appellationsgerichts zu Rassel werden
genehmigt, ebenso die Vorlage, betr. die Abänderung und Ergänzung
des hannoverschen Gesetzes vom 8. November 1856 über die Aufbe-
bung von Widerechten.

Demnächst berichtet Graf zur Lippe im Auftrage der Matritel-
kommission über die Aenderungen im Personalbestand des Herrenhau-
ses. Geschieden sind in Folge Ablebens Fürst zu Bentheim-Tecklen-
burg, v. Duesberg, Graf v. Kersberg-Neustadt, Fürst Radziwill,
Fürst zu Solms-Braunfels, ferner in Folge der Niederlegung seines
städtischen Amtes der Vertreter von Trier, Peter Rüden. Neu einbe-
rufen sind auf Lebenszeit in Folge von Präsentation Graf v. d. Schul-
enburg-Beegendorf, Udo Graf zu Stolberg-Bernigerode, v. Facius,
Richter, Hübner, aus besonderem Allerhöchsten Vertrauen die bekann-
ten dreißigundzwanzig Mitglieder.

Ohne jede Debatte werden die Gesehtwürfe, betreffend die Pö-
sung von Jagdscheinen in den hohenzollernschen Landen und die Thei-
lung des Kreises Sternberg in Schlußberatung genehmigt. Gleich-
falls fast ohne Debatte erledigt das Haus eine Anzahl Petitionen den
Anträgen der Petitionskommission gemäß. Von Interesse ist nur die
Petition des Pastors Quistorp und Gen. 1) um gesetzliche Bestimmun-
gen, daß Buchhändler, Verleger u. s. w., welche unbillige Publikatio-
nen verbreiten, für immer ihrer Konzeptionen verlustig geben; 2) um
eine schärfere Handhabung der Sittenpolizei seitens der Regierung.
Referent Graf v. d. Schulenburg-Angern bemerkt, daß der Petition
eine Inseratenbeilage der „Berliner Wespen“ beiliege, in welcher aller-
dings Annoncen von Mitteln zur Wiederherstellung der männlichen
Kraft, von geheimen Entbindungsanhalten u. s. w. enthalten seien.
Das Haus werde dem Petenten alle Sympathie zuwenden, aber es
könne sonst nichts thun, da in Bezug auf das erste Petikum nur die
Reichsgesehtgebung kompetent sei, in Bezug auf das zweite der Petent
keine Fälle angegeben habe, in denen die Regierung die Handhabung
der Polizei zu lässig betrieben habe. — Das Haus geht über die Pe-
tition zur Tagesordnung über.

Schluß 3 Uhr, nächste Sitzung unbestimmt.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 21. Februar.

Die Nachricht, daß die Budget-Kommission des Abgeordneten-
hauses beschlossen hat, den Lehrern der höheren Staatsanstal-
ten allein von allen Staatsbeamten vom Servisbezüge auszuschließen,
hat hier in den Kreisen der Betheiligten viel Erregung hervorgeru-
fen. Die Lehrer des Friedr. Wilh. Gymnasiums senden heute eine
Petition an das Abgeordnetenhaus und eine zweite ähnlich lautende an
den Kultusminister ab, in welcher sie die Anschauung der Kommissions-
mehrheit, als ob die Gymnasiallehrer mit leichter Arbeit ein großes
Einkommen erwerben, als aus Unkenntniß der Sache hervorgegangen,
nachweisen, und den Schluß der Staatsregierung gegen diese Benach-
teiligung zurücksetzt, anrufen und das Abgeordnetenhaus auffordern,
den ihnen übereilt erscheinenden Beschluß seiner Kommission gegenüber
die Regierungsvorlage wieder heranzustellen. Man erwartet, daß sich die
Lehrer des Mariengymnasiums diesem Schritte anschließen werden.

Der tralauer „Cas“ bespricht in einem Leitartikel die von den
Polen in Thorn veranstaltete Copernikusfeier und enthüllt uns
den Charakter derselben als einen eminent politischen.

Die polnische Copernikusfeier — führt das ultramontane Blatt aus
— ist eine Protestation so wohl gegen die usurpatorische Aneignung
des großen Gelehrten seitens der Deutschen wie gegen alle an
unserer Nation verübten Unerektionen und materiellen und mora-
lischen Gewaltthatigkeiten. Aus diesem Grunde ist die Betheligi-
gung an derselben eine so allgemeine, geräuschvolle und glän-
zende. Die polnische Copernikusfeier ist nicht mehr, wie in frü-
heren Zeiten, eine Feier, die nur für die Gelehrten Interesse hat, sowie
von einer öffentlichen Kundgebung der gesammten Nation und schließt
in sich die laute Zurückforderung unserer Rechte und die entschiedene
Zurückweisung aller durch Thaten der Willkür und Gewalt unter-
stützten Ansprüche, unter denen die polnische Bevölkerung Preußens sich
beugen muß. Wir scheuen uns nicht, es auszusprechen, daß bei der
thorner Copernikusfeier die polnische Nation nicht nur den Verdiensten
(Fortsetzung in der Beilage.)

Danzig, und Dr. Bail, Vorsitzender und Delegirter des naturwissen-
schaftlichen Vereins zu Danzig. — Herr Professor Dr. Prowe verlas
hierauf ein aus Berlin telegraphisch eingelaufenes Kabinetsschreiben,
in welchem der Kaiser der Stadt Thorn seinen Gruß übersendend und
dem Fest-Comité für ein ihm überändertes Dedikations-Fest-Exemplar,
enthaltend das Leben und Wirken von Copernikus, verfaßt vom Pro-
fessor Dr. Prowe, den besten Dank ausspricht. — Herr Dr. Liebel,
Vorsitzender des wissenschaftlichen Vereins zu Posen, bedauert in einem
dem Fest-Comité zugesandten Schreiben, daß das Fest kein internatio-
nales sei. Nach einem abermaligen Gebetsgange wurde diese wahrhaft
erhebende, hier nur in kurzen Umrissen geschilderte Feier geschlossen.
— Nimmher fand ein großes Diner in den oberen Räumen des „Artus-
hofes“ statt, bei dem sehr viele Triumphe gehalten wurden und eine
große Anzahl von Glückwünsch-Briefen einliefen. Die Polen, die
gleichzeitig im Hotel „zu den drei Kronen“ dinirten, sandten eine Deputa-
tion in der Person des Rittergutsbesizers Herrn v. Szczaniak und
ließen ein Fest-Album überreichen. Diese Deputation fand selbstver-
ständlich die freundschaftlichste Aufnahme und wurde nun folglich Herr
Professor Dr. Prowe zu den Polen deputirt, der dort ebenfalls sehr
freundliche Aufnahme fand und ein ähnliches Fest-Exemplar wie seitens
des Fest-Comités dem Kaiser überliefert worden, überreichte. Im
Schützenhause fand ebenfalls gleichzeitig von einer großen Anzahl hie-
siger Bürger ein Diner statt. Auch zu diesem Mahle wurde eine
Deputation entsendet und von dort folglich erwidert. Erwähnenswerth
ist noch, daß Vormittags das hiesige Gymnasium eine Feier veran-
staltete, außerdem von einem Lokomotivführer ein Gratulationsfareien
anlangte, in dem derselbe mittheilte, daß die von ihm geführte Loko-
motive „Copernikus“ heiße. — Abends waren sämtliche Straßen der
Stadt festlich erleuchtet, und zündeten sich hierbei insbesondere die
auf dem altstädtischen Markte vor dem Rathhause stehende Copernikus-
Statue, das Rathhaus selbst u. das dem Rathhause gegenüberliegende
Kommandantur-Gebäude aus. Der Festungs-Kommandant, Herr
Oberst v. Reichenbach verdient als Haupt-Festredner besonderer Er-
wähnung. Nach Beendigung des Diners fand im Rathhaussaale ein
Ball statt, der die überaus zahlreiche Gesellschaft in fröhlicher Stim-
mung bis fast zu des Tages Grauen bei einander hielt. — Zum
Schlusse sei mir noch die Bemerkung gestattet, daß unter den Glück-
wünschenden, außer sämmtlichen Universitäten Deutschlands, Oester-
reichs und Italiens sich noch die Herren Fürst v. Bismark, Graf von
Noon, Dr. Falk, Graf Stillfried, Dr. Simon und Graf zu Stolberg-
Bernigerode befanden. Endlich wird mir noch mitgetheilt, daß Herr
Professor Decioni aus Rom von der italienischen Regierung beauf-
tragt worden ist, sich genau über die Schulverhältnisse in Deutschland
zu unterrichten.

* Berlin. In den hiesigen Postbeamtenkreisen erzählt man sich
als Anekdote, daß ein Postsekretär, welcher der Post-Spar- und Dar-
lehnskasse von ihrer Gründung an als Mitglied angehört, unlängst,
als er zum ersten Male ein Darlehn von 50 Tblr. beantragt, sich da-
rüber ausweisen sollte, wie er zu Schulden komme, da ein Beamter
nie in solche Verlegenheit kommen dürfe. Der Mann muß wohl
das Examen bestanden haben, denn das Darlehn ist ihm schließlich in
Gnaden gewährt worden.

Tagesüberblick.

Posen, 24. Februar.

Der „Ezra“ in Krakau weiß die gegenwärtigen Arbeiten der Gesetzgebung über Staat und Kirche in Preußen nur mit den Evidenzen in England und Schweden aus der Zeit zu vergleichen, da der Katholizismus in beiden Reichen eine verbotene Religion war. Mehr als andere Vergleiche hint die. Aber er ist lehrreich, da er die Redensart von der „Verfolgung“ der Kirche historisch-kritisch beleuchtet. Die behaglichen Prälaten, die, wie Herr Mermillod von einer armen Frau mit einem Sack Kartoffeln und von Beauillot mit 24.000 Fr., wie Herr Lachat von einem dürftigen belgischen Pastor mit einem Zwanzigfrankenstück und gastfreundlichen Anerbieten mit letzterem aber auch in den erzbischöflichen Palast von Befançon, dessen Gebieter seine 260 Pfd. schwer ist, für die Tage der Prüfung sich trösten lassen, diese heitern Lebemänner ahnen nicht, was „Verfolgung“ heißt. Sie treiben ein Spiel mit Worten, sagt die „Nordd. Allg. Z.“ ganz richtig, das besser unterbliebe.

Die Sonnabendnummer der „Germania“ frogt von Zeugnissen für die Verfolgung der Kirche. Auch der irische und belgische Episkopat hat an die deutschen Bischöfe zu Ehren des Erzbischofs von Köln Zustimmungadressen gerichtet. Die 27 Herren aus Irland scheinen sich sehr kräftig ausgedrückt zu haben, denn selbst die „Germania“ hält es für rathsam, einige Stellen nur durch Punkte anzudeuten.

In Frankreich herrscht wieder einmal Friede und Versöhnung! Das Ei des Kolumbus hat sich wieder einmal als sehr einfach herausgestellt; statt zu erklären, „die National-Verammlung bestimmt über die Maßregeln, welche ihrer Auflösung folgen sollten,“ sagt man, „sie wird sich nicht auflösen, ohne über die Maßregeln einen Beschluß gefaßt zu haben“, und die Verschiebung ins Unendliche ist vorläufig gerettet! In der That kann man der Geschicklichkeit, womit die Schlupfphrase des neuen Entwurfs Dufaure abgefaßt ist, seine Anerkennung nicht versagen: in der Form ist sie fast dasselbe, wie die ursprüngliche Fassung, in der Sache besteht der Unterschied darin, daß nach dem ersten Entwurfe die National-Verammlung von ihrer Auflösung wirklich hätte sprechen müssen, während sie nach dem zweiten zunächst nur von ihrer Nichtauflösung redet. Und daß die Majorität den besten Willen hat, die Maßregeln, welche ihrer Abtänkung vorhergehen sollen, niemals zu treffen, bedarf nicht erst der Erwähnung! Aufseitige Freude über das Errungene ist heute an der Tagesordnung, so allseitig, daß sie, offen gestanden, einige Zweifel an ihrer Dauerhaftigkeit erregt. Die Diskussion in der letzten Sitzung der Dreißig zeigte deutlich genug, wie wenig die Majorität auch jetzt noch geneigt ist, ihr Werk für eine republikanisch gemeinte Garantie auszugeben, der neue Entwurf läßt so entschieden die royalistischen Tendenzen durchschimmern, daß er vor Allem den lebhaften Widerspruch der Linken herausfordern muß. Im Augenblicke zwar schließen sich die republikanischen Stimmen der allgemeinen Befriedigung an. Gambetta erklärte vor einiger Zeit in der „Republique Française“: „Wir werden Angesichts der Lage alles annehmen, was dazu beitragen kann, Thiers und seine innere Politik zu fertigen,“ und er verfährt mit großem Takte nach dieser Maxime. Aber es ist doch nicht wohl anders möglich, als daß die Linke über kurz oder lang sich über das Elaborat der Kommission erhebt und ihr das gelassene Wort entgegenbringt, womit der alte Fritz seine weidenden Pommern begrüßte: „Kerls, wollt ihr denn ewig leben!“

Der „Kirchenstreit“ in der Schweiz ist bekanntlich für den Kanton Genf mit der Ausweisung des Bischofs Mermillod bis auf Weiteres als erledigt anzusehen. Ein Gleiches läßt sich aber nicht von dem Basel-Solothurner Konflikt sagen. Wie schon gemeldet, ist seitens der Ultramontanen in Solothurn eine auf den Sturz der liberalen Kantonsregierung gerichtete Agitation ins Werk gesetzt worden. Neuerdings nur haben 53 Geistliche des genannten Kantons gegen die Absetzung des Bischofs Lachat protestirt und die Erklärung abgegeben, daß sie in allen kirchlichen Wegen nur auf jenen hören, somit auch nicht den von der Regierung verbotenen Verkehr mit denselben abbrechen und seine kirchlichen Erlasse auch ferner öffentlich verkünden werden. Ohne einen materiellen Rückhalt zu haben, hätten die 53 Schwarzröcke sicher keine solche Erklärung abgegeben, darum wird man die kirchlichen Differenzen in der Schweiz noch keineswegs als ganz erledigt ansehen dürfen.

In Spanien scheint das neue Regime wirklich festere Wurzeln zu fassen, und dessen Haltung im Innern muß bis jetzt als eine gemäßigtere bezeichnet werden. Ganz besonders aber dürfte es dem jetzigen Ministerium zum Verdienst angerechnet werden, daß es rasch und energisch gegen die klerikale und karlistische Infurrektion in Katalonien vorgegangen ist. Ein größeres karlistisches Corps soll auf den Höhen von Miravalles nach zweitägigem Kampfe vollständig geschlagen worden sein. Ferner wird die Thatfache gemeldet, daß der Eisenbahndienst auf der spanischen Nordbahn wieder hergestellt und in unruhigen Gegenden militärisch gesichert ist. — In Barcelona scheint die Bevölkerung den Uebergang zur Republik nicht mit derselben ruhigen Stimmung vollzogen zu haben, wie die Einwohnerhaft von Madrid. Allerdings nicht weil an republikanischer Bestimmung dort Mangel wäre, sondern weil einem Theile der Republikaner die neue Regierung nicht roth genug ist. Wie über Bayonne kommende Nachrichten bezeugen, haben mehrere Republikaner abgelehnt, in der Gemeinderath einzutreten, das Volk will keine städtischen Eingangssteuern mehr zahlen und die Marktleute verweigern die Abgaben. Die Truppen haben die strategischen Punkte der Stadt besetzt und die Einwohner versehen sich in ihren Häusern mit Mundvorrath. Im Hafen ist das englische Mittelmeergeschwader vor Anker gegangen. In der Nähe der Stadt, besonders am Plobregat, treiben sozialistische Wähler ihr Unwesen. In einigen Ortschaften haben die Einwohner trotz der Drohungen der Republikaner nicht illuminiren wollen, in den Dörfern bei Rich wurde die Republik nur von den republikanischen Vereinen ausgerufen, da die Gemeindevorstände sich dessen weigerten, und es ist in Folge dessen eine Deputation aus Barcelona, begleitet von einer Abtheilung Freiwilligen, dorthin abgegangen, um die amtliche Verkündigung der Republik zu erzwingen. Wahrscheinlich ist es die auf dem Lande einflußreiche karlistische Partei, von welcher der Widerstand ausgeht. Auch in mehreren Orten in der Nähe von Saragossa wurden die Gemeindevorstände zum Rücktritte gezwungen und durch Wohlfahrtsauschüsse ersetzt; in Saragossa selbst ist die Verkündigung der Republik von großartigen Freudenbezeugungen begleitet gewesen. Ein Festzug fand statt und die öffentlichen Gebäude waren erleuchtet. Alle monarchischen Mitglieder des Gemeinderathes traten zurück und wur-

den durch Republikaner ersetzt; auch wurden sämmtliche politische Gefangene republikanischer Farbe aus der Haft entlassen.

Für das auf dieser Seite Folgende
übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine
Verantwortlichkeit.

Dank und Anerkennung.

Berlin, den 12. Oktober 1872. Ihr vorzügliches Malz-extrakt hat mir die Gesundheit wiedergegeben. Gestatten Sie mir, Ihnen an dem für Sie so feierlichen Tage, beifolgendes Zeichen meiner Dankbarkeit zu überreichen. (Nebst Blumenbouquet.) K. Bernede, Werderscher Markt, Blumen-Bazar zur Flora.

Kassel, den 16. Oktober 1872. Ew. Wohlgeboren bitte ich, mir nochmals 12 Flaschen von Ihrem vorzüglichem Malz-extrakt-Gesundheitsbier gegen Postvorschuß zu senden. Baronin von Luingen, Obere Karls-Strasse 9.

An den Kgl. Hoflieferanten Herrn Johann Hoff, Berlin.

Verkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Flossner, Markt 91; Frenzel & Co., Breslauerstraße 38 und Wilhelmplatz 6; in Rentomühl Herr A. Hoffbauer; in Bentfchen Herr H. Mansard; A. Jaeger, Konditor in Gräg; in Schrimm die Herren Cassriel & Co.; in Schroda Herr Fischel Baum; in Bongrowitz Herr Herrm. Ziegel; in Bleschen: L. Zboralski.

Die Korrespondenz des Einzelnen mit Allen.

† † Es liegt uns das so eben in 12ter Auflage erschienene Zeitungs-Verzeichniß der Annoncen-Expedition von G. L. Daube & Co. vor. Dasselbe führt sich diesmal beim Publikum mit einer interessanten Vorrede über das Wesen des Annoncirens — der Korrespondenz des Einzelnen mit Allen — ein, giebt durch seine Reichhaltigkeit eine klare Uebersicht über den neuesten Stand der heutigen Presse und legt durch möglichste Vervollständigung so recht Zeugniß von der erfolgreichen Wirksamkeit dieses rührigen Institutes ab.

Der einige 50 Seiten zählende Katalog kann sowohl direkt vom Centralbureau in Frankfurt a. M., als auch von den in allen größeren Städten befindlichen General-Agenturen gratis bezogen werden.

Sizung der Stadtverordneten zu Posen

am 26. Februar 1873, Nachmittags 4 Uhr.

Gegenstände der Berathung:

- 1) Einführung und Verpflanzung des wiedergewählten Stadtverordneten Herrn Kaufmann C. Meyer.
- 2) Niederlassung des Geistlichen Robert Spracht.
- 3) Wahl eines Schiedsmanns für das V. Revier.
- 4) Entlastung der Knaben-Mittelschul-Rechnung pro 1871.
- 5) Besgl. der Mädchen-Mittelschul-Rechnung pro 1871.
- 6) Bewilligung der Mehrkosten für Anfertigung des Nivellements der Stadt Posen.
- 7) Wahl eines Schiedsmanns für das X. Revier.
- 8) Betreffend die Angelegenheit der Gehaltsätze der Lehrer, Lehrerinnen und Kastellane der städtischen niederen Schulen pro 1873.
- 9) Betreffend den Bau des Provinzial-Gewerbeschul-Gebäudes.
- 10) Betreffend den Beschluß der Stadtverordneten-Verammlung vom 4. December pr. bezüglich der Ueberlassung der Realschule an den Staat oder Verwandlung derselben in ein staatliches Gymnasium.
- 11) Bereinigung der Parallelklassen der städtischen Realschule.
- 12) Persönliche Angelegenheiten.

Conservatorium der Musik zu Leipzig.

Mit Ostern d. J. beginnt im Conservatorium der Musik ein neuer Unterrichtscursus und **Donnerstag den 17. April** d. J. findet die regelmäßige halbjährige Prüfung und Aufnahme neuer Schülerinnen und Schüler statt. Diejenigen welche in das Conservatorium eintreten wollen, haben sich bis dahin schriftlich oder persönlich bei dem unterzeichneten Directorium anzumelden und am vorgedachten Tage Vormittags 9 Uhr vor der Prüfungskommission im Conservatorium einzufinden. Zur Aufnahme sind erforderlich: musikalisches Talent und eine wenigstens die Anfangsgründe übersteigende musikalische Vorbildung.

Das Conservatorium bezweckt eine möglichst allgemeine, gründliche Ausbildung in der Musik und den nächsten Hilfswissenschaften. Der Unterricht erstreckt sich theoretisch und praktisch über alle Zweige der Musik als Kunst und Wissenschaft (Harmonik- und Compositionslehre; Pianoforte, Orgel, Violine, Violoncell u. s. w., im Solo-, Ensemble-, Quartett-, Orchester- und Partitur-Spiel; Directions-Uebung, Solo- und Chorgesang und Lehrmethode, verbunden mit Uebungen im öffentlichen Vortrage; Geschichte und Aesthetik der Musik; italienische Sprache und Declamation) und wird erteilt von den Herren Professor E. Fr. Richter, Kapellmeister C. Reinecke, Dr. R. Papperitz, Prof. Dr. Oskar Paul, Musikdirector S. Jadassohn, Dr. H. Kreitzschmar, E. F. Wenzel, Theodor Coccini, Concertmeister F. David, Concertmeister Engelbert Röntgen, Fr. Hermann, Emil Hegar, Leo Grill (Solo-Gesang, Stimmbildung, Unterrichtsmethoden), Fr. Werder.

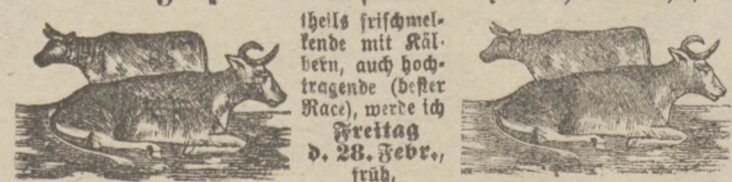
Das Honorar für den gesammten Unterricht beträgt jährlich 100 Thlr zahlbar pränumerando in ¼ jährlichen Terminen à 25 Thaler (Ostern, Johannis, Michael und Weihnachten).

Die ausführliche gedruckte Darstellung der inneren Einrichtung des Instituts u. s. w. wird von dem Directorium unentgeltlich ausgegeben, kann auch durch alle Buch- und Musikalienhandlungen des In- und Auslandes bezogen werden.

Leipzig, im Februar 1873.

Das Direktorium des Conservatoriums der Musik.

Einen großen Transport Mehrbrücker Kühe,



St. Adalbert Nr. 46/47 zum Verkauf stehen haben.

W. Hamann, Viehlieferant.

Kalte Füße heißt Tod. Warme Füße heißt Leben.

Holzstiefel und Holzschuhe in allen Größen sind wieder vorräthig bei

Mannheim Wolffsohn,
Posen.

In unserer Religionschule für israelitische Knaben und Mädchen finden Zöglinge jedes schulpflichtigen Alters Aufnahme. Anmeldungen für das Sommersemester, für welches noch eine neue Lehrkraft und geeignete Lokalitäten gewonnen werden, sind schon jetzt erwünscht und können täglich bei unserm Rabbiner Herrn Dr. Bloch, Markt 85, 2 Tr. in den Vormittagsstunden erfolgen.

Posen, im Februar 1873.

Der Vorstand der israelitischen
Brüdergemeinde.

Dampf-Woll-Wasch-Anstalt von Grossmann, Stephan & Co. i. Grünberg i. Schl. (St. a. d. Freib. Bahn.)

Bei einer täglichen Leistungsfähigkeit von 240 Ctr. übernehmen wir die Wäsche incl. Assecuranz, Lager und Sackmiete von unsortirten Schmutzwollen à 1 2/3 Thlr. per Ctnr. bei 10 % Rabatt für 100 Ctnr., unter Genehmigung von Vorschüssen, und Besorgung des Verkaufes der reinen Wollen. — Die günstige Lage unseres Platzes inmitten grosser Fabrikstädte läßt uns die höchsten Wollpreise erzielen.

Ziegelöfen

zum größeren und kleineren Betriebe, zum Brennen von Rohbausteinen, Drainröhren und Dachsteinen erbaut unter Garantie

Vogt, Maurermeister

in Dyhernfurth in Schlesien.

Frische Raps- u. Leinfuchen,

Roggenkleie und Roggenfuttermehl,
Weizenschaale und Weizenfuttermehl,

sowie alle anderen Futterstoffe, als:

Safer, Erbsen, Wicken, Lupinen u.
empfehlen

Ostdeutsche Producten-Bank.

Ungewaschen geschorne Wolle

kauft auch in diesem Jahre zu höchstem Preise

Eduard Katz,

in Grünberg in Schlesien.

Decimalwaagen,

die trotz besonders sauberer und sehr starker Qualität sich nicht theurer, als die gewöhnlich hier geführten, stellen, empfiehlt in großer Auswahl die Eisenhandlung von

Adolph Kantorowicz,

Große Gerberstraße 39.

Polstermöbel

in jedem Stoffe und jeder Farbe werden von Fett und Schmutz auf chemisch-trodenem Wege geruchlos gereinigt, ohne die Bezüge von den Möbeln abzunehmen.

Es genügt die Offerte in dem Comptoir Nr. Gerberstraße 36 abzugeben, worauf die Möbel Vormittags abgeholt und binnen 24 Stunden wieder abgeliefert werden.

Dampf-Färberei und chemische Wasch-Anstalt.

Julian Ziemski,

Nr. Gerberstraße 36.

Maschinenriemen,

einfach und doppelt, in jeder beliebigen Länge und Breite sind vorräthig und werden auf's Schnellste und Gediegenste zu sehr soliden Preisen angefertigt in der Lederhandlung von

Heinrich Urban,

Jesuitenstraße 1.

Deutsche Lotterie.

Ziehung 4. Juni cr.

Loose à 1 Thlr. Pläne u.

bei den Lotterie-Einnehmern Ed. Boto & G. Bock,
Wilhelmstraße, Ed. Jansen Nachfolger.

des großen Mannes, der für alle Zeiten ihr Stolz und ihre Zierde sein wird, die gebührende Huldigung darbringt und das Andenken des Landmannes ehrt, den Fremden ihr entziehen wollen, sondern zugleich vor der Welt kund giebt, daß sie stets und überall, an jeden Ort, bei jeder Gelegenheit und zu jeder Zeit beharrlich ihre Rechte und ihr Eigenthum zurückfordert, wenn auch mit jenen schwachen Mitteln, die ihr unter den obwaltenden Verhältnissen gestattet sind. Die thornische Copernikusfeier hat daher nothwendig einen politischen Charakter und eine politische Tragweite und wenn sie noch so bescheiden ausfällt. Und wir fragen, was kann in Polen überhaupt ohne politischen Charakter sein, von der Stimme auf der Abgeordnetentribüne und von der öffentlichen Manifestation an bis zum stillen Gespräch im Familienkreise, bis zur vertraulichen Unterhaltung zwischen Vater und Sohn, bis zu den ersten Worten, welche die Mutter dem Säuglinge zuflüstert? Das Alles hat bei unserer Nation einen politischen Charakter und eine politische Tragweite. Ohne dies würden wir wohl heute das Andenken des Copernikus nicht feiern, da es uns gleichgültig wäre, ob er wirklich ein Pole war oder ob er erst 400 Jahre nach seiner Geburt ein Deutscher geworden ist. Die polnische Copernikusfeier legt daher Zeugniß ab nicht bloß vom Polenthum des Copernikus, sondern auch von unserm eigenen. Das eben bildet die politische Seite derselben.

Das ist klar gesprochen.

1. Die polnische Copernikusfeier hat überall, wo sich nur Polen in größerer Anzahl zusammenfinden, stattgefunden, so in Dresden, wo der Schriftsteller Kraszewski die Festrede hielt; in Berlin, wo der Verein der studirenden polnischen Jugend die Feier veranstaltete und zu derselben auch den dortigen polnischen Gewerbeverein hinzugezogen hatte; in Breslau, wo die Feier von dem literarisch-slawischen Verein unter Anziehung des geselligen Vereins der polnischen Studierenden und des polnischen Gewerbevereins in einem Auditorium des Universitätsgebäudes, dem gewöhnlichen Versammlungsorte jenes literarisch-slawischen Vereins, abgehalten wurde; dabei sprach dasjenige Mitglied des Vereins, welches die Festrede hielt, „weniger von dem Lebenslauf des großen Astronomen, als vielmehr von dessen Charakter und Thätigkeit als Polen, und bewies, daß die Deutschen ihn sich mit Unrecht aneignen wollen, da Copernikus nie ein Deutscher war und es auch nicht sein wollte;“ und diese demonstrative Feier fand in dem Auditorium des l. Universitätsgebäudes statt! In Krasau, Lemberg, Warschau fanden gleichfalls Festlichkeiten statt, in Krasau verbunden mit großer Illumination; in Böhmen, Mähren u. d. d. und von allen möglichen Orten, wo es Polen und Slawen giebt, liefen Telegramme in Thorn ein.

2. Zu unserer Bemerkung über die polnische Copernikusfeier (vgl. unser Sonnabend-Beilage) wird uns mitgeteilt, daß der Verein der Freunde der Wissenschaften zwar die Theilnahme an einer mit den Deutschen gemeinsamen Feier ablehnte, aber sonst zu den Veranstaltungen der polnischen Feier gehörte. Dagegen hat der Marcinowski'sche Verein zur Unterbringung der lernenden Jugend die Theilnahme an dem Jubiläum abgelehnt.

Der posener Korrespondent des „Kraj“ tritt immer offener und entschiedener zur Vertheidigung der preussischen Regierung gegen die Machinationen und Drohungen der ultramontanen Partei auf und spricht die Ueberzeugung aus, daß diese Machinationen und Drohungen völlig erfolglos bleiben werden. In seiner jüngsten Korrespondenz sagt er über die gegen die kirchenpolitischen Gesetzentwürfe gerichteten Denkschriften und Hirtenbriefe der preussischen Bischöfe:

„Wird der eiserne Reichsfanzler erschrecken vor so vielen gegen ihn gerichteten Hirtenbriefen oder wird er nicht vielmehr in lautes Lachen ausbrechen beim Anblick der erhitzen Gesichter von Leuten, die aus Leibesträften schreien, daß sie bereit seien, Märtyrer zu werden? Das sind Fragen, die sich Jeder leicht beantworten wird. Ich meinerseits bin der Meinung, daß derjenige, der am lauteften schreit, daß man ihn morde, den wenigsten Muth besitzt, und am wenigsten geneigt ist, Selbstmörder zu werden. Ich wundere mich nur, daß Fürst Bischof und Dr. Falk nicht schon längst die Schärfe der historischen Rechte gegen die infultrierten Mummien gewendet haben, die im Namen dieser Rechte gegen den Staat revoltiren. Die Nationen und Völker, denen Rom die historischen Rechte entzogen und die es durch untergeschobene Dokumente, wie z. B. durch die falschen Firdor'schen Dekretalien um dieselben betrogen hat, stehen jetzt auf in ihren Nachkommen und nehmen zurück, was ihnen nach dem Naturgesetz gebührt und worüber kein Vater im Namen seiner Kinder und Enkel disponiren kann. Die Völker sind reif geworden und wollen nicht länger an dem Gängelbände scheinheiliger Männer gehen, die ohne Gewissenskrampf vernichten, was ihre Vorgänger den Sterbenden auf dem Schmerzenslager durch falsche Vorspiegelungen erpreßt haben. Das sind die historischen Rechte der Bischöfe und der Kirche, wenn man sie mit dem Lichte der historischen und vernünftigen Kritik beleuchtet. In den Evangelien ist von solchen Rechten nicht die Rede, denn die Evangelien wurden zu einer Zeit geschrieben, wo man die beiden völlig verschiedenen Begriffe, Religion und „hierarchisches Kirchenthum“, noch nicht verwechselte.“

3. Zu dem erledigten Stadtrathsposten sind bis jetzt, trotzdem das Gehalt von 1200 auf 1500 Thlr. erhöht worden ist, verhältnismäßig nur wenige Meldungen eingegangen, indem wohl ein großer Theil derjenigen, welche sich das erste Mal gemeldet hatten, fürchtet, das zweite Mal gleichfalls nicht gewählt zu werden.

4. Für die Posener-Kreuzburger Bahn sind die speziellen Vorarbeiten (Zeichnungen, Pläne u.) bereits so weit gefördert, daß sie zum 15. März dem Herrn Minister vorgelegt werden können.

5. Zu dem Provinzial-Sängerfeste, welches hier im Juli d. J. stattfinden wird, haben bis jetzt 20 auswärtige Vereine aus unserer Provinz und den Nachbarprovinzen ihre Theilnahme angemeldet, und zwar aus den Städten: Schroda, Breschen, Wogromow, Dzywisko, Firke, Schwerin, Rogasen, Schneidemühl, Reutomyel, Kawica, Pleschen, Snesin, Wollstein, Tirschtiegel, Bus, Bentzen, Schwiebus (2 Vereine), Büllichau, Thorn. Noch fehlen unter diesen Namen leider Städte wie Lissa, Fraustadt, Wojanowo, Birnbaum, Meisitz, Samter und selbst Bromberg. Wenn Thorn sich an dem hiesigen Sängerfeste betheiligte, dann sollte Bromberg, als hier Provinz gehörig, sich doch nicht ausschließen. Die Befreiung des hiesigen Allgem. Männer-Gesangvereins, das Fest wirklich in einem Provinzial-Sängerfeste zu machen, sollte von Bromberg vor Allen unterstützt werden. Oder sind es noch immer Sonderbestrebungen, welche Bromberg auch in dieser Angelegenheit zum Ausschluß von dem Zusammengehen mit den übrigen Theilen der Provinz bewegen? Ein faktisches Hinderniß, die frühere schlechte Bahnverbindung mit Posen, ist beseitigt; man kann heute auf der Posener-Bromberger Bahn in wenigen Stunden von Bromberg nach Posen fahren. Zur Ehre Brombergs wollen wir annehmen, daß es sich von dem 10. Provinzial-Sängerfeste, das überhaupt dazu bestimmt ist, einen festen Halt zwischen sämtlichen deutschen Gesangsvereinen der Provinz zu schaffen, nicht ausschließen werde.

6. In der Menagerie auf St. Martin wurde heute Vormittags ein dort mit der Pflege und Erziehung der Thiere beschäftigtes 22jähriges Mädchen, die Pflanztochter des Menageriebefizers, von einem Leoparden, welcher mit der Tazze durch die eisernen Stäbe des Käfigs hindurchgriff, am lockigen Haupthaar gepackt und mit den Krallen schwer verletzt. Die Bedauernswerthe hat nicht allein eine tiefe, klaffende Wunde, die sich von der Stirne bis zum Hinterkopfe hinzieht, davongetragen, sondern ist auch an der Hand schwer verletzt worden. Nur mit Mühe gelang es, die Bestie zum Loslassen seiner Beute zu bewegen.

7. Ausgewiesen wurden im Laufe des IV. Quartals aus dem Regierungsbezirk Posen 18 Personen, davon 5 aus der Stadt Posen. Unter den Ausgewiesenen befanden sich zwei russische Militärdeserteure, von denen der eine aus der Garnison Kalsch entwichen, der andere vor der Ausweisung eine Gefängnisstrafe wegen Diebstahls verbüßt hatte; ferner ein Waarenräuber, welcher wahrscheinlich bei Gelegenheit seines riskanten Geschäftsbetriebes auf der linken Handoberfläche eine Pockennarbe davongetragen hatte. 17 Personen wurden nach Rußland-Polen und nur eine nach Oesterreich hin ausgewiesen.

8. Lissa, 21. Febr. [Vorschußverein. Abiturientenprüfung. Beförderung. Balancen. Simultanschule.] In der General-Versammlung des Vorschußvereins am 16. d. M. wurde in Stelle des ausgeschiedenen, nach Nitrowo als Richter versetzten Rechtsanwalts Körbin der Stadtverordneten-Vorsteher Drogand zum Direktor, die ausscheidenden Ausschußmitglieder Herren Winter und Fiebig wieder und Herr Grundmann neu gewählt. Von dem Reingewinne von 1,848 Thlrn. wurden 2% Sgr. pro Thaler oder 8% % von 20,523 Thlrn. als Dividende bewilligt, des Raffiners Gehalt von jetzt ab außer der Tantieme auf 360 Thlr. normirt, die zu bewilligenden Vorschüsse von 1000 Thlr. auf 2000 Thlr. erhöht und mit einem Dankes-Botum für den Ausschuß geschlossen. — Vorgetern fand unter dem Vorsitz des Herrn Provinzial-Schulraths Dr. Bolte die Abiturientenprüfung statt; sämtliche 17 Ober-Primaer, welche zu derselben zugelassen worden, bestanden, 5 von ihnen wurde wegen der vorzüglichen schriftlichen Arbeiten die mündliche Prüfung erlassen. — Herr Gymnasial-Lehrer Teplitz ist in Stelle des nach Görtzig veretzten Herrn Oberlehrers Dr. Müller zum Oberlehrer ernannt worden; Herr T. ist Israelit und als solcher werft an einem königl. Gymnasium zum ordentlichen und jetzt zum Oberlehrer ernannt worden. — Beim hiesigen Gerichte sind zwei Rechtsanwaltsstellen vakant, die des Herrn Körbin beim Haupt- und des Herrn Boy (jetzt in Berlin) beim Zweig-Gerichte in Fraustadt. Die gerichtlichen Geschäfte sind im hiesigen Jurisdiktions-Bezirk im Allgemeinen von nur mäßigem Umfange. Das Publikum hat durch die Balancen keine Nachteile erlitten und dürfen wir einem Gerichte Glauben schenken, so würde mindestens eine der beiden Balancen nicht wieder besetzt werden. — In Angelegenheit der Simultanschule stehen Anfangs des nächsten Monats die Wahlen der Repräsentanten aus den bisherigen Schul-Sozialitäten zur Auseinandersetzung zwischen ihnen und der Gemeinde an; die katholischen Gemeindeglieder haben sich der Angelegenheit insofern bereits angenommen, als sie eine Vorbesprechung Behufs Designirung der zu wählenden Kandidaten anberaunt haben, die anderen Sozialitäten beobachtet in dieser Beziehung noch eine gewisse Zurückhaltung, obgleich die große Wichtigkeit der Sache ein zeitiges und energisches Handeln erheischt.

9. Ottrowo, 20. Februar. [Städtische.] Der Bürgermeister Herr Schuder hat über die Verwaltung und den Stand der Gemeindefinanzverhältnisse pro 1872 einen Bericht veröffentlicht. Von zwei Streitigkeiten, in welche die Stadt im Jahre 1872 verwickelt war, hatte die eine, betreffend einen Anspruch des Militär-Fiskus auf Erstattung von 134 Thlr. Verpflegungskosten u., einen für die Stadt günstigen, die andere dagegen einen ungünstigen Ausgang. Letztere betraf eine Klage der hiesigen Gas-Gesellschaft auf Nichterstattung der von ihr geforderten und gezahlten Kammerebeiträge pro 1869-1871 im Betrage von 93 Thlrn. Laut geschlossenen Vertrages hatte der Magistrat als Entschädigung für billigere Lieferung des Gases für den Bedarf der Verwaltung der Gesellschaft Befreiung vor allen Kommunalabgaben zugesichert, hinterher aber doch dieselbe zur Bezahlung der Kammerebeiträge herangezogen, indem er von der Ansicht ausging, daß diese Vertragsstipulation nach § 4 der Städteordnung vom Mai 1853 gesetzlich nicht zulässig und daher nichtig sei. Die erste Instanz trat dieser Ansicht bei und wies die Klägerin zurück, in der zweiten Instanz dagegen fand die Anschauung Platz, daß eine Befreiung eines Gemeingebiedes von städtischen Abgaben nach § 4 der Städteordnung allerdings nicht zulässig, daß aber die Befreiung der Klägerin von städtischen Abgaben eine kontraktlich stipulirte Gegenleistung für die von ihr bewilligte Preisermäßigung des an die Stadt zu liefernden Gases sei und somit Vortheil gegen Vortheil aufgewogen werde. Das städtische Altvormögen stellt sich auf 93,000 Thlr., die Passivmasse dagegen auf 65,000 Thlr. heraus, einschließlich des zu Eisenbahnzwecken aus der Provinzial-Hilfskasse beanspruchten Darlehens von 12,000 Thlr.

10. Samter, 21. Februar. [Wahl. Rechtsanwal.] Bei der heute unter Vorsitz des Landchaftsraths und Rittergutsbesizers Felske aus Biakajyn hier stattgefundenen Wahl eines Landchaftsraths für das neue Landchaftsamt in Posen wurde für die vier Kreise, Samter, Dornitz, Meisitz und Birnbaum der Rittergutsbes. v. Lubinski auf Kiaszyn, Hr. Samter, erwählt. — Trotzdem so vielfach darüber Klage erhoben worden, daß die seit 3/4 Jahren erledigte Rechtsanwaltsstelle bei dem hiesigen Kreisgerichte unbesetzt ist, ist dem dringenden Bedürfnisse bis jetzt höheren Orts nicht abgeholfen.

11. Samter, 21. Februar. [Güterverkauf.] Am 22. April d. J. kommt bei dem hiesigen Kreisgerichte die dem Grafen Stanislaus Dmiski gehörige Herrschaft Biezdrowo, nahe der Eisenbahn und Warthe belegen, nebst 10 dazu gehörigen Vorwerken und Krügen zur öffentlichen Subhastation. Dieselben haben einen Flächenkomplex von über 4189 Hektaren und sind mit einem Grundsteuer-Heinertrag von nur 4015 Thlr. veranlagt, weil fast die Hälfte aus jüngerer Waldung besteht.

12. Schroda, 21. Februar. [Verurteilung.] Am 20. d. M. stand der hiesige katholische Antonianer Samarsenski vor unserer Kreis-Gerichts-Kriminal-Abtheilung unter Anklage. Derselbe soll am 2. Weihnachtstages d. J. in der Kollegiatenkirche eine Predigt gehalten haben, welche die Stellung des Staats zur Kirche, zur Schule u. d. „Schreiende Unrecht“, welches dem h. Vater geschehen, mit schneidenden Worten behandelte. Er hatte seiner Predigt das Märtyrerverbum des h. Stephanus (Evangelium und Epistel für den 2. Weihnachtstages), der a. 36 nach Christi Geburt gesteinigt wurde, zu Grunde gelegt, und soll die jetzigen Leiden der römisch-kath. Kirche mit denselben verglichen haben. So wie die Märtyrer des Stephanus verloren und vergessen seien, so würden auch die mächtigsten Staaten, welche der Kirche wehe thäten, nach und nach zu Grunde gehen. Die Staaten entzögen der Jugend das nothwendige Licht, sie vernünftigen gleichsam den Pflanzlingen die Nahrung, denn es komme ihnen nur darauf an, Soldaten zu erzielen, die sodann ihr Leben opfern müßten, Abgaben zu erhalten u. s. w. Herr S. vertheidigte sich selbst und wurde von dem Hrn. Rechtsanwalte Dr. Weglewski dabei energisch unterstützt, dennoch beantragte die Staatsanwaltschaft eine dreimonatliche Gefängnisstrafe und der Gerichtshof setzte eine einmonatliche Festungsstrafe auf Grund der Ranzel-Gesetz-Paragrapphen 130 und 131 fest. Sitzungssaal und Korridor waren von Zuschauern überfüllt, weil S. eine beliebte Persönlichkeit ist.

13. Bromberg, 21. Februar. In der Untersuchungssache wider den Probst v. Chojnski ist das Erkenntniß vom 31. Dsbr. v. J. jetzt publizirt worden und lautet auf Freisprechung von der Amtssuspension wegen Mangel an kanonischen Gründen. Doch werden andererseits einzelne Vorwürfe als bestehend bezeichnet, gegen welche und gegen deren Folgerungen der Probst, wie wir hören, Appellation einlegen wird. Die baldigste Wiedereinfegung des Probstes in sein Amt, um welche der hiesige Magistrat als Patron der Kirche auch sofort angetragen hat, steht nun bevor. — Auf dem kgl. Kreisgericht hier selbst erklärten gestern mehrere Personen aus Ottorowo ihren Austritt aus der evangelischen Landeskirche und ihren Anschluß an die dort bestehende freireligiöse Gemeinde. (Br. 3.)

Staats- und Volkswirtschaft.

14. Berlin, 22. Februar. [Landwirthschaftsrath.] Am 17. d. M. ist die zweite Versammlung des deutschen Landwirthschaftsrathes durch den Vorsitzenden, Herrn v. Bedell-Malchow, eröffnet worden. Die erste Sitzung wurde durch die Wahl der Bureau's sowie durch geschäftliche Mittheilungen u. s. w. in Anspruch genommen. In der zweiten Sitzung, welche am Dienstag stattfand, erfolgte u. A. die Wahl des zweiten Stellvertreters des Vorsitzenden, welche auf den Landesökonomienrath Gniepenker, Vorsitzenden des land- und volkswirthschaftlichen Vereins für Braunschweig, fiel. Wir müssen die eingehenden Berichte über die gepflogenen Verhandlungen, den zumeist der Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten bewohnte, den landwirthschaftlichen Fachorganen überlassen und wollen hier nur über die

für unsere Provinz bedeutsamste Sitzung am Freitag, wo ein über die landwirthschaftlichen Kreise hinausgehender Gegenstand zur Berathung kam, hier kurz referiren. Wiederum wohnten der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, Graf Königsmarck, und der Geh. Ober-Regierungsrath von Nathusius bei. Auch waren in Folge einer Einladung des Vorsitzenden Herr Kiepert-Mariensfelde, Vorsitzender des Vereins Deutscher Spiritusfabrikanten, und Herr von Dieß-Daber, Mitglied des Vorstandes des Vereins der Spiritusfabrikanten zum Schutze landw. Interessen für Pommern und die Mark zu Stargard in Pommern, anwesend. — v. Lenthe referirt über die Rechnungslegung und den Etat, wonach der letztere genehmigt wird. — Zur Frage „ob Raum- oder Fabrikat-Spiritussteuer?“ begründet Referent Kennemann seinen Antrag, zu welchem er einen Zusatz-Antrag stellte; Korreferent Dettweiler motivirt seinen Gegenantrag. Graf Jedlig hat ebenfalls einen Antrag eingereicht, welchen er in längerer Ausführung begründet. Diesem Antrage schließt sich im Wesentlichen Kiepert an. An der lebhaften Diskussion betheiligten sich weiterhin von Nathusius, Knauer von Dieß, von Bedell-Malchow, Minnerow, Niendorf, Richter-Tharand, Baron Craißheim, Roth-Pogge, Stöckhardt, Scipio, Frhr. von W. Müller-Müncheln, von Lenthe, Korn, Löper und nochmals Kennemann und Graf Jedlig. Zum Antrage des Grafen Jedlig sind Amendements von Korn und von Lenthe hinreichend eingebracht, werden hinreichend unterstützt und weiterhin angenommen, letzteres in namentlicher Abstimmung. Mit diesen Amendements wird schließlich der Antrag des Grafen Jedlig (Position I und IV in namentlicher Abstimmung) angenommen. Danach lautet die angenommene Resolution wie folgt: Der deutsche Landwirthschaftsrath erklärt: I. Die Anwendung des Prinzip der Fabrikatbesteuerung in Stelle der bisher für die Spiritus-Fabrikation in Deutschland bestehenden Steuer-Erhebungsformen ist wegen der auf lokalen Verhältnissen beruhenden Verschiedenheit der Produktions-Unterlagen erwünscht. II. Die zu diesem Behufe nöthige neue Steuer-Gesetzgebung hat jedoch, sofern dieselbe ohne erhebliche Schädigung des ganzen landwirthschaftlichen Gewerbes ins Leben treten soll, als durchaus essentiell zu beachten, daß a) die auf das Fabrikat zu legende Steuer den jetzt in Wirklichkeit nach der durchschnittlichen Alkohol-Ausbeute bezahlten Steuerfuß nicht übersteigt, b) eine Export-Bonifikation gemährt wird, welche die Steuer plus der in Mittel vom Tage der Kontroll-Abnahme bis zur Ausfuhr auf 7 Prozent sich berechnenden Schwundung voll vergütet, c) Kontroll-Apparate, resp. anderweite, den Betrieb nicht in schädigender Weise belästigende Kontroll-Vermessungen, welche durch Fach-Autoritäten aus den Interessenten-Kreisen in hinreichend langer Versuchsperiode als zweifellos richtig, resp. zweckmäßig sich erwiesen haben, zur Verfügung stehen; d) alle bisher bestehenden oder in früheren Gesetzvorlagen interirten Steuer-Ermäßigungen, sie mögen den Umfang des Betriebes oder die Verwertung bestimmter Materialien zur Unterlage haben, in Wegfall kommen. III. Eine höhere Besteuerung des Spiritus ist ohne tiefe volkswirthschaftliche Schädigung des landwirthschaftlichen Gewerbes nur zulässig, wenn derselben der Charakter der reinen Getränkesteuer verliehen, mithin aller in das gewerbliche Leben und den anderweiten Konsum übertretende Alkohol unter Denaturirung ebenso wie der zum Export gelangende durch Rückgewähr der Steuer nach Maßgabe der sub II. b. angegebenen Rücksichten bonifizirt und gleichzeitig der Import der Steuererhöhung entsprechend normirt wird. IV. Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, daß das Prinzip der Fabrikat-Besteuerung auf alle in das Gebiet der sogenannten inneren Verbrauchssteuern fallende Produktionsgegenstände angewandt wird, insbesondere bei dem Zuder, für den die Anwendbarkeit desselben aus den Vorgängen anderer Staaten erwiesen.

** Judikate des Leipziger Reichsoberhandelsgerichts.

Die neuesten Judikate des Leipziger Reichsoberhandelsgerichts lauten: 1) Der Zweck der Bedingungen in den sogenannten Schlußzetteln der Berliner veredelten Wäcker besteht nicht zugleich darin, als darin nicht aufgenommenen Ulfancen von der Anwendung auszuschließen, vielmehr gelten die Vorsumancen, welche mit jenen Bedingungen nicht im Widerspruch stehen, als stillschweigend für maßgebend erklärt und gewollt. Die Ansicht des Kammergerichts, daß bei Zeitkaufgeschäften über Werthpapiere der Verkäufer am Stichtage die Papiere nicht in das Geschäftslokal oder in die Wohnung des Käufers zu übersenden und hier zur Annahme zu offeriren habe, beruht auf der Verwechslung zwischen Ulfancen und Handelsgebräuchen und ist demnach eine irrig, denn unter Handelsgebräuchen im Sinne des Artikels 1 des Handelsgesetzes ist nur das Handelsgewohnheitsrecht nicht aber, wie das Kammergericht meint, die nur thatsächlichen Handelsgebräuche zu verstehen und demzufolge ist die Meinung, ein faktischer Handelsgebrauch, welcher mit einer dispositiven Vorschrift des Handelsgesetzbuchs sich nicht verträgt, dürfe bei dem Abschluß eines Handelsgeschäfts nur dann als mit rechtlicher Wirkung von den Parteien für ihre Rechte und Pflichten normgebend gewollt und vereinbart gelten, wenn der Vertrag dies ausdrücklich bestimme, als im Widerspruch stehend mit den Artikeln 278 und 279 a. a. D. und mit dem § 59, 1. 4. A. L. R. zu erachten. 2) Zum ordnungsmäßigen Geschäftsgange gehört es, daß der Mehlmüller sich überzeuge, ob das ihm geliefert Mehl so beschaffen ist, daß es sich zu einem geeigneten Nahrungsmittel verarbeiten läßt, insbesondere daß es Backwaare von der erforderlichen Güte liefert. Kann diese Eigenschaft bloß äußerlich nicht erkannt werden, ist dazu eine Manipulation, Verarbeitung, erforderlich, so muß der Käufer diese selbst in der der Bestimmung des Artikels 347 entsprechenden Zeit ohne Verzug vornehmen. Die im Wege der Verarbeitung, des Backens, erkennbare mangelhafte Beschaffenheit der Waare läßt sich daher nicht als ein verborgener bei nachträglicher Entdeckung noch zu rügender Mangel qualifiziren. 3) Wenn ein Kontrahent seine Vertragspflichten in Abrede stellt und die Erfüllung nachträglich von dem Eintritte ungewisser und vorausichtlich in nächster Zeit nicht eintretender Ereignisse (z. B. Offenverdung der Schiffahrt) abhängig machen will, so darf angenommen werden, daß er die Erfüllung verweigere, und ist Gewährung einer Nachfrist nicht nöthig. 4) Enthält der Wechsel selber einen Zahlungsvermerk nicht, so kann immer nur dem bezahlten Wechselgläubiger und nur von demjenigen, welcher gezahlt hat, die Einrede der Zahlung entgegengestellt werden. Geht die Ueberkunft dahin, es solle auch der Akzeptant frei werden, so ist die Zahlung zugleich für ihn erfolgt und ist es weder erforderlich, daß sich der Zahlende als Stellvertreter des Akzeptanten gerirt hat oder dessen Bevollmächtigter, noch daß der Akzeptant dem zwischen Aussteller und Wechselinhaber geschlossenen Vertrage beigetreten ist. Vielmehr greift hier der Grundsatz des Gemeinen wie preussischen Rechts (Allg. Landr. I, 16 § 43) ein, daß der Schuldner sogar ohne sein Wissen durch die von einem Dritten in libererem Absicht geleistete und vom Gläubiger in dieser Absicht angenommene Zahlung befreit wird.

** Rumänische Coupons.

Berlin, 20. Februar. Zwischen der deutschen Handelsgesellschaft, vertreten durch den Justizrath Resse einerseits und Dr. Strousberg, vertreten durch den Rechtsanwalt Niemann andererseits stand am Mittwoch beim hiesigen Stadtgericht Termin in einem interessanten Prozesse an, in welchem der Eisenbahn-Erlöng auf Bezahlung einer sehr bedeutenden Summe in rumänischen Coupons und Einlösung der letzteren verlagrt war. Die Sache schien sehr verwickelt zu liegen, denn (im Zivilprozeße eine Seltenheit) die Plaidoyers der beiderseitigen Anwälte dauerten fast über eine Stunde. Ein besonders Gewicht schien vom Kläger auf den Wortlaut der Obligation gelegt zu werden, indem er darauf antrug, in Betreff der beiden Worte „fondées“ und „assurées“ das Gutachten des rumänischen Justizministers darüber einzuholen, welche Rechtsbegriffe nach rumänischem Recht aus diesen beiden Worten hervorgehen. Nach dem mündlichen Ausspruch des Präsidenten war, das Hingelen der richterlichen Waage durch die beiden Plaidoyers so alterirt, daß es in dem kurzen Termine die nöthige Ruhe nicht mehr finden konnte.“ Die Publikation des Erkenntnisses wurde in Folge dessen ausgesetzt.

Ver mis ch tes.

* Barzin. Die „Ermännischen Volksblätter“ bekanntlich das Organ des Hrn. Bischofs Krementz haben sich, vor einigen Tagen mit etymologischen Studien über den Ursprung des Namens Barzin

beschäftigt. Auf die Voraussetzung hin, daß der Name dem slavischen Sprachstamm entstamme, wurde das Wort warzy 1) kochen, siedeln, braten; 2) im übertragenen Sinne: etwas schmieden, im Schilde führen, vorhaben, brüten; 3) durch den Frost rißren, faul, verdorben machen, als Wurzel bezeichnet und daraus folgende Ableitungen geschaffen: 1) Warzen (so) heißt das Kochen, warzon (v) gefocht u.; 2) warzy (wo), demselben Stamme angehörig, heißt: Gelsch, Gemüse. Danach würde Varzin soviel bedeuten als: 1) Ort des Kochens, des Brauens, Brauerie; 2) Kautschukwälder, 3) Ort der Fäulnis, des Verderbens, 4) Gemüsehof, wo etwa ein Einkiebler Gemüse anbaut. Die „Erm. Volksschl.“ werden ihre sprachwissenschaftliche Untersuchung damit nicht abschließen. Ihrem Eifer ist bisher nur entgegen, daß mit Varzin verwandter als warzy das polnische Wort wawrzyn sein dürfte. Es heißt in Deutsch: Lorbeer. Obenin liegt Varzin bei Schlawe; Schlawe heißt auf Polnisch „Kubra“ (slawa). Der Name ist im Kampf gegen Feinde des Staats verdient und wird in jedem Kampf sich auch fernherhin bewähren, meint die „Nordd. Allg. Ztg.“

Verantwortlicher Redakteur Dr. Joz. Wafner in Posen

Angelkommene Fremde vom 24. Februar.

Die Kaufleute Marwardt aus Berlin, Müller a. Leipzig, Bernstein a. Danzig, Oppenheim a. Triest, Müller a. Dresden, Manasse u. Bernhardt a. Berlin, Diezel aus Leipzig, L. Carandoni a. Petersburg, Kozanowski a. Berlin, Bachkowsky a. Frankfurt a. M., Berwinke a. Berlin, Gärtner a. Magde-

burg, Winter a. Breslau, Walthar a. Köln, Weisburg a. Hamburg, Kielmann a. Baden, Kramer a. Gießen, Schmelzer a. Breslau, die Rittergutsbesitzer. Doellert u. Frau a. Stomisch, Fensky a. Berlin, Major Bernick a. Poln. Lissa, v. Wüneberg a. Rawitsch, Warthe a. Berlin, Golle a. Chemnitz, Künne a. Altona, Dohst a. Kassel, Jacobi a. Berlin, Oberförster Dreget u. Frau a. Grünberg, Königl. preuß. Kammerherr Morawski a. Lubomka.

Die Kaufleute Schlesinger aus Tarnowitz, Fuß a. Berlin, Dosterfeld a. Zürich, Vurgard a. Berlin, Wigand a. Bernbach, Böllner a. Berlin, Mannemis a. Leipzig, Kaufmann und Fabrikbesitzer Kantorowicz a. Jerssee, Conrad a. Neurode, Vaudrau a. Paris, Stock a. Berlin, Landsberg a. Berlin, Jakobsohn a. Berlin, Lehmann a. Offenbach, Ritter v. Waligorski a. Chelkowo, v. Niemojewski a. Dzierzenica, Frau Gräfin Wniska a. Biedrowo, v. Sulowicz a. Modziejewice, Graf Lacki a. Posadowo, v. Zarembo a. Polen, v. Zatrzewski a. Zabno, v. Wesiński u. Frau a. Gryn-mislawie, v. Chelmski a. Lomowice, v. Wolanski a. Nhybnyu, Hauptmann v. Siller a. Landsberg a. W., Landwirth Richter aus Schlesien, Techniker Wabke a. Breslau, Konsul Wiener a. Sunderland.

Die Gutsbesitzer von Kicinski aus Warschau, v. Malczewski a. Piotrkowice, v. Waligorski a. Sierzewo, v. Karzewski u. Söhne a. Lubze, Kleinert a. Patalice, Sobel a. Patalice, v. Urbanowski u. Frau a. Turstowoo, Ritter v. Sikorski a. Kozlowo, v. Urbanowski u. Fr. a. Willowo, Graf Rejzicki aus Chwalibogowo, Fr. v. Stablowka a. Olone, Freiherr v. Wolfsturg a. Mellenburg, Sinowski a. Krakau, Mojancki a. Krakau, v. Rudow-

ski a. Granowo, Akademiker v. Sabowski a. Thorn, Med. des Dien-nit polski a. Lemberg, Pastor Cuen a. Treptow, Gutepächter v. Mü-diger a. Wittowo, Kaufl. Dessauer a. Würzburg, Placzek a. Schwere-sien, Konheim a. Berlin, Stüttdirektor Geely a. Breslau, Rentier Madelung a. Berlin, Amtsrath Wiegand a. Magdeburg, Partikulier Lehmann a. Bromberg, Rentier Tarnowski a. Kalisch, Hausbesitzer Nowicki a. Kalisch, Fabrikant Groß a. Dresden, Agronom Kupfer aus Proslau.

Die Rittergutsbesitzer Synianski a. Bie-lawy, Mathias a. Potalka, Schulz a. Lowenzin, Sarmel a. Chrod-lenczyno, Bukalski a. Przybroda, Hoffmeyer a. Samecyn, Zarembo a. Bierschne, Gühloff a. Dombrowo, Jauernik a. Chrestki, General-pächter Mittelstadt a. Labischin, Insp. Bukalski a. Chyby, Kiefewetter a. Dombrowa, Drexler a. Bradiszewo, Gutsch. Kiefewetter a. Gen-thin, Apotheker Zielchowski a. Nur. Gostin, die Kaufl. Kuttner aus Strzelno, Willowski a. Trzemczyno, Patsch a. Moailno, Beuth aus Mogilno, Rosenfelder a. Sanstadt, Dorfmeister aus Osterwald, Ritter v. Zimmermann a. Pölgmin.

Kaufmann Hirschberg a. Gnesen, Fr. Ad. Grüttner a. Gräg, die Comiss. W. Lucersti a. Dornik, Gebr. Surzh a. Polen, Tos a. Wilbe, Dloniewski a. Deutsch Popen, Lehrer Gerhardt a. B. Windmühlen, Drechslermstr. W. Bolze a. Gräg, Einnehmer Silber u. Fam. a. Zirk, Landwirth Jsemmer aus Kaliszyn, Gutsbes. Jankowski a. Schachurek.

Bekanntmachung.

Das Abraupen der Bäume betreffend.

Unter Hinweis auf nachstehende Bestimmung des § 368 Nr. 2 des Reichs-Strafgesetzbuchs: Mit Geldstrafe bis zu 20 Thlr. oder mit Haft bis zu 14 Tagen wird bestraft: wer das durchgesetzliche oder pol-steiliche Verordnungen gebotene Abraupen unterläßt.

Werden die Gartenbesitzer der Stadt, so wie alle Besitzer von Baumanlagen aufgefordert, das Abraupen der Bäume und Sträucher in ihren Anlagen und Anlagen spätestens bis zum 8. April cr. bewirken zu lassen.

Posen, den 20. Februar 1873. Königl. Polizei-Direktion. Standy.



Oberschlesische Eisenbahn.

Auf Station Sorau der Niederschlesischen Zweigbahn werden von 1. März ab auch Frachtgüter der erwähnten Klassen und der Special-Tarife in Wagenladungen abgefertigt. Tarifpläne werden auf unse- reren Stationen unentgeltlich abgegeben.

Breslau, den 18. Februar 1873. Königl. Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Głowno unter Nr. 21 belegene, den Wilhelm und Johanna, geb. Koch, Kundlichen Ghele- ten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalt von 10 Hektaren 50 Quadratfuß der Grundsteuer unter- liegt und mit einem Grundsteuer- Reinertrage von 48 Thlr. 19 Gr 6 Pf. und zur Gebäude-Areer mit ein- m Nutzungswerte von 25 Thlr. veranlagt ist, soll behufs Zwangsversteigerung im Wege der nothwendigen Subhastation am Donnerstag, den 15. Mai d. J., Vormittags um 10 Uhr,

im Saale des hiesigen Königl. Kreis- Gerichts, Geschäftszimmer Nr. 13 ver- steigert werden. Posen, den 15. Februar 1873. Königl. Kreisgericht. Der Subhastationsrichter. J. J. W. K. H.

Kempn., Reg.-Brief Posen, den 6. Februar 1873.

Polizeibeamter.

In hiesiger Stadt ist eine Polizei- Dienststelle mit 250 Thlr. jährlich im Gehalte (sofort) und zwar für die ersten 6 Monate probeweise zu besetzen. Hülfs- vorzugs- und arbeitsberechtigten Militärpersonen wollen sich unter Vor- legung ihrer Militärpapiere und eines selbstständig erlangten Lebenslaufes bei dem Unterzeichneten melden. Einige Kennt- nis in der polnischen Sprache ist er- forderlich. Der Magistrat.

Mittwoch, den 26. Februar e., Vormittags 10 Uhr, Submission auf Ausschreibung der Regu- lation der Rinnsteine in der Wall- schische Wasserleitung einschließlich Liefer- ings der Materialien. Posen, den 22. Februar 1873. Der Bau-Inspektor Petersen. Bahnhofstraße.

Bekanntmachung.

Die nothwendige Subhastation des den J. Lob und Verilana Gwronski's- ten Ghelenten gehörigen Grundstücks Nr. 36 in Konarzewo ist wieder aufge- hoben worden. Posen, den 17. Februar 1873.

Königliches Kreisgericht I. Abtheilung für Civilsachen. Der Subhastationsrichter. J. J. W. K. H.

Aufforderung

der Konkurs-Gläubiger, wenn nur eine Anmelungsfrist festgesetzt wird. (Formular 6 der Instruktion vom 6. August 1855.)

In dem Konkurs über das Vermö- gen des Kaufmanns Bernhard Göttsche zu Köben werden alle Die- senten, welche an die Masse An- sprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum 12. März 1873 einschließend bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnach zur Prü- fung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderun- gen, sowie nach Bestehen zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf den 7. April d. J.

Vormittags 10 Uhr, in unserem Gerichtsschloß Audienz Zim- mer vor dem Kommissar Herrn Kreis- richter Seffe zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich ein- reicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen. Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Drei- wohnstätten oder zur Prozeß bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmäch- tigten bestellen und zu den Akten an- legen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechts- anwälte Jukis-Roth Dr. Groß, Häfner und Korypius zu Wob- schau und Henzig zu Winißig zu Sach- waltern vorgeschlagen. Steinau, 21. Febr. 1873.

Königliche Kreisgerichts Deputation.

Vom 1. April cr ab ist die Stelle eines Lehrers, Vorbeters und Schächters an der Gemeinde Czerniejewo vakant. Gehalt 200 Thlr., freier Wohnung und ca. 150 Thlr. Privat- und Neben- einnahme. — Reisekosten werden nicht ver- zehret. — Qualifizierte Bewerber wollen sich persönlich melden.

Der Corporationsvorstand.

Die Korrektionsanstalt zu Kosten

hat unter den daselbst auflebenden Be- dingungen noch Arbeitskräfte für die Landwirtschaft zu vergeben.

Mein hierorts seit 12 Jahren, Frdr. Flog Nr. 25, mit gutem Erfolge betriebenes

Eisenwaaren-Geschäft

will ich unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen das dazu gehörige Geschäftes- und Wohnlokal ist eben- so leicht zu hermiten.

W. Zeidler,

Bromberg.

Ein junger unverheir. Kunstgärtner, der in jeder Beziehung ist, was er sein soll, fertig polnisch spricht, vorzügl. Zeugnisse aufzuweisen hat, streng mo- ralsch guter Mensch u. mittelalt ist, sucht sobald als möglich anderweitige Stellung. Nähere Auskunft ertheilt der Königl. Garten Inspektor Gau- nemann in Proslau D/S.

Waldparzellen-Verkauf.

Der zum 27. d. M. anbe- raumte Lizitationstermin der Forstparzellen auf Gr. Las- kowica, Dana ber., Kopaczin, zu den Gütern Grylewo bei Gollancz gehörig wird hiermit aufgehoben. Wongrowiec, d. 22. Febr. 1873.

Galon,

Rechtsanwalt und Notar.

Geschäfts-Verkauf.

Ein concurrenz freies Geschäft, das sich nachweislich auf ca. 40-50 Tausend entziffert, ist in einer größeren Stadt in der Nähe Berlins, sofort oder später zu verkaufen. Zur Uebernahme ge- hören ca. 5 Tausend. Franco-Offerten erbetet sub G die Annoncen-Expe- dition von Rudolf Mosse in Berlin

Bekanntmachung.

Meine hieselbst aus 3 bäuerlichen Wirtschaften zusammengezogene Be- stehung, bestehend aus 278 pr. Morzen besten Bodens und sehr guten Wohn- und Wirtschaften-Gebäuden, 1/10 Meile von Bad-Isar-Pudewitz und 1/10 Meile von der Kaiserl. Eisenbahn- station, ist, bin ich Willens, aus freier Hand zu verkaufen. Kauf- liche Absichtliche wollen sich eben- in portofreien Zuschriften an mich selbst wenden. Turstowoo Gault, b. Kischlowo, 22. Februar 1873. Coll. Sauer.

Neben 2 Konfirmanden unter männ- licher Aufsicht finden noch 2 Knaben Aufnahme. Anstellung ertheilt Herr Rektor Wanselow, Kischerei Nr. 3.

J. Heilbrunn

Dortmund.

An- und Verkauf von Kupfer, Kohlen und Industrie-Effecten

Dampfverbindungen

wischen Stettin und Stolpmünde, Danzig, Elbing, Königsberg a. Pr., Riga, St. Petersburg (Stadt), Kopen- hagen, Göttingen, Kiel, Altona, Hamburg, Bremen, Hull, London, Riddlesborough unterhält regelmäßig Rud. Christ. Gribel in Stettin.

Geeignete Persönlichkeiten

werden als Agenten für eine der größten und liebsten

Hagel-Versicherungs-Gesellschaft

gesucht. — Bewerbungen unter Office D. # 54 sind an die General-Agentur der Annoncen- Expedition von G. L. Daube & Co. in Posen einzureichen.

Mauersteine!!!

Vorzügliche Thonsteine und Dachsteine offerirt billig Terplitz, Friedrichsstr. 20.

Saat-Kartoffeln

wie alle Jahre. Verzeichnisse meiner 30 bewähr- ten Sorten (Speise, Brenn u. Futter- kartoffeln für leichte und für schwere Böden — viele sehr widerstandsfähig gegen die Krankheit) auf An- s. gratis.

Die vielberühmte early rose (frühe Rosen) nicht nur eine feine Speise- sonder auch stärkliche Brennkartoffel — sehr gute Zucht — pr. 5 Rll. 1/2 Thlr., pr. 50 Rll. 6 Thlr. Größere Quantitäten billiger. Lindberg b. Berlin. v. Gröling.

Allen Herren

INSERENTEN

sowie Gesellschaften, Vereinen, Instituten, welche Bekannt- machungen in öffentliche Blätter erlassen, empfehle ich meine

Annoncen-Expedition

für sämtliche Zeitungen, illustrierte Blätter, Fach-Jour- nale etc. zur gefälligen Benutzung. Die Preisnotirungen sind genau dieselben, wie bei directem Verkehr. Bei grösseren Aufträgen entsprechenden Rabatt, je nach Wahl der Zeitungen.

Adressen-Annahme auf Gesuche und Offerten jeder Art gratis.

H. ALBRECHT,

Agentur des Central-Börsen- und Handelsblattes. Berlin, 74. Friedrichstrasse 74. an der Jägerstrassen-Ecke.

Bekanntmachung.

Diejenigen Herren, welche gesonnen sind, auf hiesiger Universität vom nächsten Sommersemester an Landwirtschaft zu studiren, wollen sich gefälligst bei dem Unterzeichneten anmelden. Das Semester beginnt mit dem 15. April. Von den Disziplinen, die ich selbst im Laufe der Semester zu lesen gedenke, sind hervorzuheben: Allgemeine Landwirtschaftslehre, Betriebslehre, landwirtschaftliche Tagesfragen, Pflanzenbau, Fütterungslehre, Züchtung, landwirtschaftliche Me- teorologiekunde, Gesundheitspflege der landwirtschaftlichen Thiere.

Ferner werden die studirenden Land- wirthe Gelegenheit haben, folgende für sie speziell bestimmte Collegia zu hören: Anorganische Chemie, Agrilkulturchemie, Physik, Bodenkunde, Mechanik mit besonderer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Maschinen, bei Prof. Dr. Schöne und Prof. Dr. Karsten. Landwirtschaftliche Botanik mit beson- dener Berücksichtigung der Wiesengräser, Insl. der Lehre von den Unkräutern und Pflanzenkrankheiten, Pflanzenphysiologie bei Prof. Dr. Köpfer. Thier- physiologie bei Prof. Dr. Aubert. Volkswirtschaft, Finanzwissenschaft bei Prof. Dr. Köpfer. Landwirtschaftsrecht, Reichsgesetzgebung bei Prof. Dr. Böhlau.

In der permanenten Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen der Her- ren Stillner und Weber in Rostock wird Herr Augustur Weber den Herren Studirenden Demonstrationen an land- wirtschaftlichen Maschinen halten. Außerdem werden den Landwirthen die chemischen und physiologischen Laboratorien der Herren Professoren Schulze und Aubert zur Benutzung offen stehen.

Einem besonderen Werth werde ich darauf legen, wenn die studirenden Landwirthe unserer Hochschule mir persönlich nahe treten möchten. — Der per- sönliche Verkehr mit dem Einzelnen wird die wissenschaftlichen Vorlesungen vom Rathgeber herab nicht nur ergänzen, sondern ich würde dadurch auch Ge- legenheit haben, die intellektuellen Bedürfnisse jedes Einzelnen kennen zu lernen und da, wo es der Studirende wünscht, ihm rathend zur Seite stehen. Rostock, im Februar 1873.

Graf zur Lippe,

Dr. phil. und ord. Professor der Landwirtschaft an der Universität Rostock

Riesen- Rankelrübensamen

gelber Röhlicher Gattung verkauft den R. Schiffel mit 5 Thlr. das Mt. mit 3 Gr.

Heinze,

Vormerkb. in Rostock

Junge Zug-Ochsen

20 bis 30 Stück junge Zug- Ochsen schles. Race, stehen zu soliden Preisen täglich zum Verkauf bei Julius Krug & Co. in Herrnsdorf in Schlesien.

Einige Bullen und tragende Ferkel.

Holländer Race hat zu ver- kaufen Dom. Czerleino bei Kroszn.

Das Dom. Polanowitz bei Krosznitz hat fünfzig Stück trocken gemästete, fern- fette Ochsen zum Verkauf.

Dahseu

zum Verkauf.



Der Verkauf von Voll- blut- Rammwoll- und Regretti- Böcken aus meiner Stammeerde beginnt am 1. März.

Krzyzanki, im Febr. 1873.

Holtzthiem.

Soth-down Vollblut- Böcke verkauft

das Dominium Gress-Schweln bei Gramschütz, Niederschlesien.

Ein junger Hühnerhund ist zu ver- kaufen. St. Martin 66, 3 Treppen.

Eine Destillir- oder Bren- nerei-Blase, von 8- bis 1200 Quart, wird zu kaufen ge- sucht von Raphael Schmul, in Pafosé

Neupatentirt 1./2. 1873.

Schwartz'schen Patentkarrenpflug ohne Führer.

Dieser von mir neu, sehr einfach, dauerhaft und äußerst zweck- mäßig konstruirten Pflug, sowie meine 5 und 7 schereigenen Grubber eignen Konstruktion halte bestens empfohlen. Mit näherer Auskunft und Preis- Courant stehe gern zu Diensten.

Berlinchen i. d. Neumark.

Eduard Schwartz, Fabrik- und Gutsbesitzer.

Ein gebrauchter, aber noch vorzüglich gut erhaltener, fast neuer Wolfender Strohflügel ist preiswürdig am Lager S. J. Wendelsohn.

Dicker Hals u. Kropf

wird schnell und gefahrlos geheilt d. v. Schloßapotheke zu Pöowitz bei Dresden. (839)

Dom. Wronczyn bei Pu- dewitz verkauft zwanzig Stück gemästete Kühe und Ochsen und achtzig gemästete Hammel.

